

MONATSBERICHTE DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTES FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

XXV. Jahrgang, Nr. 9

September 1952

Inhalt

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Saisonbelegung auf den Konsumgütermärkten — Gefährdete Investitionsgüterkonjunktur — Überlegungen zum Bundesvoranschlag 1953

Währung, Geld- und Kapitalmarkt — Preise und Löhne — Ernährung — Land- und Forstwirtschaft — Energiewirtschaft — Industrieproduktion — Umsätze — Arbeitslage — Verkehr; Mineralölsteuer und Straßenverkehr — Außenhandel; Kaufkraftindex des österreichischen Exports

Der gegenwärtige Verbrauch an Kunstdünger und die Möglichkeiten seiner Intensivierung

Statistische Übersichten: Österreichische und internationale Wirtschaftszahlen

Die wirtschaftliche Lage in Österreich

Saisonbelegung auf den Konsumgütermärkten — Gefährdete Investitionsgüterkonjunktur — Überlegungen zum Bundesvoranschlag 1953

Dem Bundesvoranschlag für das Jahr 1953, der in wenigen Tagen dem Parlament vorgelegt werden wird, liegt eine schwierige wirtschaftliche Problematik zugrunde. Die beachtliche Steigerung des realen Sozialproduktes seit der Währungsreform war von einer starken inflationistischen Entwicklung begleitet. Von 1948 bis 1951 ist die Industrieproduktion um 80% und die landwirtschaftliche Produktion um 40% gestiegen, das Ausfuhrvolumen hat sich mehr als verdoppelt und die Zahl der Ausländerübernachtungen im Fremdenverkehr auf das Vierfache erhöht. Das gesamte Bruttosozialprodukt der österreichischen Wirtschaft, das in den ersten Nachkriegsjahren nicht einmal die Hälfte des Vorkriegsstandes erreicht hatte, war im Jahre 1951 bereits um ungefähr 10% höher als im Jahre 1937. In der gleichen Zeit sind jedoch die Lebenshaltungskosten und Löhne um rund 140% und die Großhandelspreise um 180 bis 200% gestiegen. Allein seit Ausbruch des Koreakonfliktes (Mitte 1950) bis Ende 1951 haben sich Preise und Löhne um ungefähr 60% erhöht. Gleichzeitig ist das Volumen der kommerziellen Kredite um 55% und der Notenumlauf um 39% ausgeweitet worden. Die fortschreitende Geldentwertung gefährdete die Zahlungsbilanz, begünstigte Fehlinvestitionen und erstickte den Sparwillen.

Seit Herbst 1951 sind Preise und Löhne stabil, aber der Aufschwung von Produktion und Beschäftigung ist zum Stillstand gekommen. Wichtige Bereiche der Wirtschaft, wie die Konsumgüterindustrien, der Export und das Baugewerbe, haben Rückschläge erlitten, die nur teilweise durch höhere Leistungen in

anderen Wirtschaftszweigen wettgemacht werden konnten. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich nachhaltig verschlechtert, die Zahl der Beschäftigten ist gegenwärtig um 64.500 niedriger und die Zahl der statistisch erfaßten Arbeitslosen um 48.000 höher als vor einem Jahr.

Es ist fraglich, ob die derzeitige Stagnation von Produktion und Beschäftigung durch selbsttätige, aus der Wirtschaft stammende Kräfte überwunden werden wird. Wohl haben sich die Märkte für gewerbliche Konsumgüter zu Herbstbeginn erwartungsgemäß leicht belebt. Der Geschäftsgang im Einzelhandel war bereits im August verhältnismäßig gut, und der Export von Konsumgütern hat sich etwas erholt. Die Konsumgüterindustrien nehmen wieder Arbeitskräfte auf und schränken die Kurzarbeit ein. Andererseits aber hat die Bausaison schon im September nachgelassen, und auch der bemerkenswert günstige Absatz der Investitionsgüterindustrien dürfte in absehbarer Zeit zurückgehen. Die Erhaltung eines hohen Beschäftigtenstandes ist damit zu einem ernstesten Problem für die Wirtschaftspolitik geworden. Seine Lösung wird durch den Rückgang der Auslandshilfe und Schrumpfungerscheinungen im Weltmarkt besonders erschwert.

Saisonbelegung auf den Konsumgütermärkten

Die schon im letzten Bericht erwähnte leichte Belegung auf den Konsumgütermärkten ist nunmehr auch im Zahlenbild der Statistik erkennbar. Im August sind die Umsätze im Einzelhandel weniger als saisonmäßig zurückgegangen (um 2%), obwohl der

August um zwei Verkaufstage weniger hatte als der Juli (pro Verkaufstag war also der Umsatz um 6% höher). Die Entwicklung war allerdings nicht einheitlich. Während die Nachfrage nach Textilien, Lederwaren, Parfumerie- und Drogeriewaren noch ziemlich schwach war, ist der Absatz von Schuhen, Papierwaren und Nahrungsmitteln gestiegen. In den Bundesländern war der Geschäftsgang meist besser als in Wien. Für September fehlen noch abschließende Ergebnisse, doch lassen Einzelmeldungen und der Lagebericht der Wiener Handelskammer vermuten, daß die Umsätze im allgemeinen, den Saison Erwartungen entsprechend, stärker zugenommen haben. Der bessere Geschäftsgang im Einzelhandel beschleunigte den Abbau der Lager und schuf günstigere Voraussetzungen für einen verstärkten Inlandsabsatz der Konsumgüterindustrien.

Die schwierige Lage der heimischen Konsumgüterindustrien wird augenblicklich vom *Export* her etwas erleichtert. Ähnlich wie in Österreich ist auch in anderen Staaten der Rückgang der Konsumgüter nachfrage zum Stillstand gekommen. Wenngleich sich die Erwartung einer baldigen Konjunkturbelebung nicht ganz erfüllte, werden doch wieder größere Aufträge vergeben. Im August wurden mehr Textilien, Papier und vor allem mehr Zellwolle (1.498 t gegen 607 t im Juli) exportiert. Der Wert der Gesamtausfuhr war mit 822 Mill. S nur um 3 Mill. S niedriger als im Juli, obwohl saisongemäß mit einem Rückgang von 76 Mill. S zu rechnen war. Stark gesunken ist die Ausfuhr von Maschinen und Fahrzeugen.

Der Gesamtindex der *Industrieproduktion* (bezogen auf Arbeitstage) war im Juli mit 156,4 von 1937 um 5% niedriger als im Juli 1951. Die Produktion der Konsumgüterindustrien stand noch deutlich unter dem Einfluß der Absatzkrise und der Sommerurlaube; pro Arbeitstag wurde um 13% weniger als im Juni erzeugt. Zweifellos ist sie aber zu Herbstbeginn wieder etwas gestiegen. Die Textilindustrie hat im September, erstmalig seit Herbst 1951, wieder 1.400 neue Arbeitskräfte aufgenommen, in der Bekleidungsindustrie sinkt die Zahl der Arbeitslosen bereits seit August. Auch die Kurzarbeit ist auf die Hälfte zurückgegangen.

Die Auftriebstendenzen dürften im allgemeinen aber nur wenig über eine rein saisonmäßige Belebung hinausgehen. Ein stärkerer Konjunkturaufschwung wird vor allem dadurch erschwert, daß infolge geringerer Beschäftigung, Kurzarbeit und des Ausfalls von Überstunden und einmaligen Zulagen das für Konsumzwecke verfügbare Einkommen geringer geworden ist, während sich die Lebenshaltungskosten seit Herbst 1951 nur wenig geändert haben. Der

Lebenshaltungskostenindex des Institutes war Mitte September wohl mit 692,0 (März 1938 = 100) um 2% niedriger als zu Jahresbeginn, dies ist aber vorwiegend saisonbedingten Verbilligungen von Obst und Gemüse zu verdanken. Die echten Preissenkungen bei Textilien und Hausrat wurden durch Preiserhöhungen für Beheizung und einige Nahrungsmittel kompensiert. Obwohl das Realeinkommen der Unselbständigen insgesamt nur geringfügig kleiner geworden ist, wirkt sich diese Schmälerung auf die Nachfrage nach Textilien und anderen dauerhaften Konsumgütern doch verhältnismäßig stärker aus, weil die laufenden Ausgaben für Ernährung, Miete, Beheizung und Beleuchtung kaum nennenswert eingeschränkt werden können. Auch die seit der Stabilisierung wachsende Sparneigung dürfte sich zunächst bei den nachfrageelastischen Gütern auswirken.

Einer Entlastung der Konsumgüterindustrien durch Ausweitung des Exportes sind enge Grenzen gesetzt. Selbst wenn sich im Ausland eine stärkere Konjunkturbelebung auf den Konsumgütermärkten durchsetzen sollte, kann Österreich diese Chance nicht voll ausnützen, weil sowohl die Einfuhrbeschränkungen und hohen Zölle in anderen Staaten, als vor allem auch das hohe österreichische Preisniveau die Ausfuhr von Konsumgütern stark hemmen. Während die Erzeugerpreise für Textilien und Bekleidungsgegenstände in Deutschland wieder auf den Stand vor Ausbruch des Koreakonfliktes zurückgegangen sind und die Erhöhung in den USA und Großbritannien nur etwa 10% beträgt, liegen sie in Österreich um 30% höher.

Unter diesen Umständen hängt eine stärkere Belebung der Konsumgüterindustrien weitgehend davon ab, daß die vielfach verlorene Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exportwirtschaft hergestellt und Beschäftigung und Einkommen im Inlande wieder gesteigert werden. Beide Voraussetzungen scheinen zur Zeit nicht gegeben. Eine Steigerung des Exportes wird durch den vorläufigen Verzicht auf eine Vereinheitlichung der Wechselkurse erschwert, und gleichzeitig deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß nicht nur im Baugewerbe wieder mit einer relativ hohen Winterarbeitslosigkeit gerechnet werden muß, sondern auch bisher bemerkenswert florierende Investitionsgüterindustrien von einem Rückgang bedroht sind.

Gefährdete Investitionsgüterkonjunktur

Trotz leichter Belebung der Konsumgüterindustrien wurde der saisonbedingte Tiefpunkt der Arbeitslosigkeit heuer bereits Ende August erreicht. Im September nahm die Zahl der *vorgemerkten* *Stellensuchenden* um 500 zu und war zu Monatsende mit

116.300 um 48.000 höher als Ende September 1951. Die Zahl der *Beschäftigten* war mit 1.983.700 sogar um 64.500 niedriger als im Vorjahr.

Die Zunahme der Arbeitslosigkeit geht vorwiegend auf das vorzeitige Nachlassen der Bausaison zurück. In den vergangenen Jahren konnte das Baugewerbe trotz Überstunden und Heranziehung branchenfremder Arbeitskräfte in den Sommermonaten nicht alle Aufträge ausführen und mußte notgedrungen einen Teil der Bauarbeiten in die Schlechtwetterperiode verlegen. Im laufenden Jahre standen für Bauzwecke von vorneherein bedeutend geringere Mittel zur Verfügung. Trotzdem wurde die Bautätigkeit heuer noch stärker als in den Vorjahren auf die Sommermonate konzentriert. Obwohl die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe im Frühjahr später und zögernder als sonst zurückgegangen war, begann sie bereits im September wieder zu steigen.

Einige Überlegungen sprechen dafür, daß die wachsende Arbeitslosigkeit im Baugewerbe einen konjunkturellen Rückgang der Investitionsgüternachfrage, der vielfach bereits Anfang 1952 erwartet worden war, einleitet. Zunächst hat sich im Jahre 1952 nicht nur in den unter Absatzschwierigkeiten leidenden Konsumgüter- und Exportindustrien, sondern auch in den relativ gut beschäftigten Investitionsgüterindustrien die Ertragslage verschlechtert. Die Steuer- und Tariferhöhungen konnten meist nicht auf die Preise überwältigt werden, und vielfach mußten im Jahre 1952 noch direkte Steuern gezahlt werden, die auf Grund der inflationistisch aufgeblähten Gewinne der Jahre 1950 und 1951 bemessen wurden.

Dazu kommt noch, daß mit der Stabilisierung der Währung das Bedürfnis der Wirtschaft nach Liquidität gewachsen ist, die Währungsbehörden aber durch eine vorsichtige Kreditpolitik versuchten, die Ausweitung der Geldmenge in engen Grenzen zu halten. Das Volumen der Kommerzkredite wurde im August neuerlich um 278 Mill. S eingeschränkt, obwohl in diesem Monat bereits die Erntefinanzierung anliefe. Anfang September war es nur um 960 Mill. S oder 8,6% höher als zu Jahresbeginn. Die Unternehmen müssen daher ihre laufende Produktion vielfach mit Eigenmitteln, die sie sonst investiert hätten, finanzieren.

Die private Investitionstätigkeit war bisher nur deshalb noch rege, weil die im Jahre 1952 gelieferten Investitionsgüter teilweise schon im Jahre 1951 bestellt worden waren und weil es vielfach nicht möglich ist, begonnene Investitionen abzustoppen, weil die gegenwärtigen Absatzbedingungen nicht mehr rentabel scheinen. Die bereits vor längerer Zeit geplanten Investitionen laufen jedoch allmählich aus,

und die Betriebe werden neue Investitionen voraussichtlich nur dann vornehmen, wenn sich die Ertragsaussichten bessern.

Im Jahre 1953 werden wahrscheinlich aber nicht nur die privaten Investitionen, sondern auch die Counterpart- und öffentlichen Investitionen eingeschränkt werden. Im Jahre 1952 dürften aus Counterparts ungefähr 2 Mrd. S investiert werden, im Jahre 1953 aber selbst bei optimistischer Annahme höchstens 1,6 Mrd. S. Ebenso werden Bund und Gebietskörperschaften weniger investieren, da ihre Einnahmen im Jahre 1953 infolge der Konjunkturabschwächung im Jahre 1952 zurückgehen dürften und am laufenden Sach- und Personalaufwand kaum nennenswerte Einsparungen zu erwarten sind.

Die Aussichten, den im Inlande zu erwartenden Nachfrageausfall nach Investitionsgütern durch eine verstärkte Ausfuhr von Investitionsgütern wettzumachen, scheinen augenblicklich nicht sehr günstig. Die umfangreichen und hochspezialisierten Investitionsgüterindustrien Westdeutschlands, die auf Änderungen der Marktlage besonders feinfühlig zu reagieren pflegen, melden bereits eine deutliche Abschwächung der Nachfrage, und zwar sowohl im Inland als auch im Export. Selbst wenn sich diese Neigung infolge der Rüstungen zunächst nicht stärker durchsetzen sollte, wird es für die österreichischen Investitionsgüterindustrien unter den oben erwähnten Bedingungen schwierig sein, durch zusätzliche Exporte einen Ausgleich zu finden.

Überlegungen zum Bundesvoranschlag 1953

Aus dieser Situation ergeben sich für das Budget 1953 schwierige Probleme. Obwohl sich die Steuer- und Tariferhöhungen vom Jahre 1952 erst im Jahre 1953 voll auswirken werden, werden die laufenden Einnahmen des Staates voraussichtlich kaum höher sein als im Jahre 1952, weil die Erträge, vor allem der veranlagten direkten Steuern, infolge der Konjunkturabschwächung eine sinkende Tendenz zeigen. Auch nennenswerte einmalige Einnahmen sind kaum zu erwarten, sofern man von einer Geldschöpfung für fiskalische Zwecke absieht. Die Counterpart-Freigaben sind vorwiegend den Investitionen in Industrie, Landwirtschaft und Energiewirtschaft vorbehalten, ausländisches Kapital dürfte nur in geringem Umfange verfügbar sein, und auch der heimische Kapitalmarkt ist durch die inflationistische Entwicklung in den letzten Jahren noch weitgehend lahmgelegt. Es wird schon schwierig sein, die Energieanleihe und die laufenden Pfandbriefemissionen unterzubringen.

Während also die Einnahmen des Staates sehr

vorsichtig geschätzt werden müssen, ist eine Reihe zusätzlicher Ausgaben erwachsen. Der Staat muß mehr als bisher für Arbeitslosenunterstützungen und Preisstützungen vorsehen, die Bezüge der Altpensionisten nachziehen und für die Entschädigung politisch Verfolgter und die Tilgung eines Teiles der im Jahre 1952 begebenen Schatzscheine vorsorgen. Unter den gegebenen Umständen ist es ebenso problematisch, das Budget durch neue Steuern- und Tarifierhöhungen, wie durch eine rigorose Einschränkung der Investitionen (der praktisch einzigen elastischen Ausgabenpost des Budgets) ausgleichen zu wollen. Eine starke Kürzung der öffentlichen Investitionen könnte den aus anderen Gründen ohnehin zu befürchtenden Rückschlag in den Investitionsgüterindustrien verstärken und zu einer übermäßigen Freisetzung von Arbeitskräften führen.

Auf der anderen Seite darf man nicht glauben, daß durch eine weitere Erhöhung der Steuern und Tarife, nachdem die Steuerschraube teilweise schon überdreht ist, ungünstige Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt vermieden werden können. Höhere Steuern und Tarife würden die Kaufkraft nur vom privaten auf den öffentlichen Sektor umlenken, die gesamte (private und öffentliche) Nachfrage aber nicht verändern. Soweit höhere Steuern die Kapitalbildung treffen, würden private durch öffentliche Investitionen ersetzt; träfen sie den Konsum, würden die Anpassungsschwierigkeiten von den Investitionsgüter- auf die Konsumgüterindustrien überwältigt. Bei höheren indirekten Steuern litte außerdem die internationale Konkurrenzfähigkeit der Exportindustrien, zum Nachteil der Zahlungsbilanz.

Die Überlegungen führen zur Frage, ob und inwieweit es gegenwärtig nicht auch aus konjunkturpolitischen Gründen zweckmäßiger ist, einen Teil der Gesamtausgaben – wozu auch die im außerordentlichen Budget vorgesehenen Investitionen gehören – durch Kreditoperationen und aus Kassenbeständen zu decken, als die Nachfrage privater Haushalte und Unternehmungen durch Erhöhung von Steuern und Tarifen zu kürzen oder die öffentlichen Investitionen einzuschränken.

Könnte man die zukünftige Entwicklung der Wirtschaft eindeutig voraussehen und die wirtschaftlichen Auswirkungen alternativer Lösungen des Budgetproblems quantitativ ermitteln, so wäre eine Entscheidung nicht schwierig. Stünde eine kumulative Schrumpfung des Wirtschaftsvolumens bevor, dann wäre ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm ratsam; neigt die Wirtschaft aber von sich aus zur Expansion, dann müßte die Stabilität von Preisen und Löhnen unbedingt durch ein ausgeglichenes Budget oder sogar durch einen Budget-

überschuß gesichert werden. Tatsächlich ist weder die konjunkturelle Situation der österreichischen Wirtschaft so ausgeprägt, daß verlässliche Prognosen möglich wären, noch lassen sich die Auswirkungen der Budgetpolitik quantifizieren. Die Erfahrungen im Auslande (etwa in Großbritannien, Holland und in den skandinavischen Staaten) mit „volkswirtschaftlichen Budgets“ lehren, daß selbst auf Grund umfassender Zahlenunterlagen unternommene Versuche, die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes auf ein Jahr quantitativ vorauszuschätzen, oft fehlerhaft sind.

Wie in anderen Ländern kann es sich auch in Österreich nicht um die Entscheidung zwischen absoluter Stabilität und anspruchsvoller Vollbeschäftigung handeln, sondern nur um eine Akzentuierung beider elementar wichtigen Forderungen. Wer nach der lang anhaltenden inflationistischen Entwicklung der Nachkriegszeit Stabilität der Währung bei freier Preis- und Lohnbildung als wichtigste Voraussetzung der wirtschaftlichen Gesundung betrachtet, wird zumindest für einige Zeit eine betont vorsichtige Budget- und Währungspolitik vertreten und jedes Risiko eines neuen Preis-Lohn-Auftriebes vermeiden. Ein ausgeglichenes Gesamtbudget sowie eine vorsichtige Kreditpolitik sind die Pfeiler dieses Konzeptes. „Vollbeschäftigung“ wird hier vorwiegend durch größere Beweglichkeit der Preise und Produktionsfaktoren, Erleichterung des Exportes, Rückführung von Arbeitskräften in die Landwirtschaft sowie durch qualitative Kreditkontrolle zu fördern gesucht. Dieses Konzept schließt nicht aus, daß für den Fall einer stärkeren Arbeitslosigkeit ein staatliches Arbeitsbeschaffungsprogramm vorbereitet und finanziert wird.

Will man dagegen eher die Möglichkeit einer Geldentwertung als das Risiko einer größeren Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen, dann wird man schon im Budget für ein hohes öffentliches Investitionsvolumen und eine entsprechende Lockerung der quantitativen Kreditkontrolle eintreten. Sollte die Wirtschaft auf diese Kaufkraftinjektion mit Preis- und Lohnerrhöhungen reagieren, müßte der Inflationsdruck durch direkte Lenkungsmaßnahmen (Bewirtschaftung und Preisregelung) aufgefangen werden, wobei es allerdings, wie die Erfahrungen der letzten Jahre gezeigt haben, schwierig ist, einen Inflationsdruck auf die Dauer zurückzustauen. Eine neuerlich auflebende Inflation aber würde die allseits als notwendig erkannte Umschichtung der österreichischen Produktionsstruktur in Richtung eines Zahlungsbilanzausgleichs und eine Steigerung der Exporte vereiteln, mit dem Ergebnis, daß schließlich, angesichts der abnehmenden Auslandshilfe, auch die zur Erhaltung der Vollbeschäftigung erforderlichen Rohstoff- und Kohlenmengen nicht mehr eingeführt werden könnten.

Währung, Geld- und Kapitalmarkt

Dazu statistische Übersichten 1.1 bis 1.9

Das *zirkulierende Geldvolumen*¹⁾ hat im Juli nur noch um 32 Mill. S zugenommen, gegenüber 60 Mill. S im Monatsdurchschnitt des 1. Halbjahres 1952²⁾.

Im August dürfte aber das Geldvolumen wieder stärker gestiegen sein. Die Kassenbestände der Kreditinstitute an Noten und Münzen sind zwar noch nicht bekannt³⁾, ihr Einfluß auf den gesamten Geldumlauf ist jedoch normalerweise gering. Ohne die Kassenbestände der Kreditinstitute nahm das zirkulierende Geldvolumen bis Ende August um 246 Mill. S zu. Der *Banknotenumlauf* ist um 120 Mill. S (auf den neuen Höhepunkt von 8.686 Mill. S) gestiegen. Die *freien*, nicht Kreditinstituten gehörenden *Giroguthaben bei der Nationalbank* erhöheten sich um 61 Mill. S und die *Scheckeinlagen* bei den Kreditinstituten um 63 Mill. S.

Das Geldvolumen vergrößerte sich vor allem infolge Zunahme des *Gold- und Devisenbestandes* (um 306 Mill. S auf 1.307 Mill. S). Im Fremdenverkehr wurden – wie im Vormonat – hohe Deviseneinnahmen und im Zahlungsverkehr mit den EPU-Ländern erstmals ein Überschuß erzielt. Auch an *Counterpartmitteln* strömten aus der bereits vor längerer Zeit bewilligten 1.500-Mill. S-Freigabe 321 Mill. S in das zirkulierende Geldvolumen ein, nachdem die Counterpartgebarung im 1. Halbjahr 1952 und auch im Juli restriktiv gewirkt hatte.

Wirkung der Counterpartgebarung auf den Geldumlauf im August 1952

Expansiv	Mill. S	Restriktiv	Mill. S
Abbuchung vom Counterpart-Konto ¹⁾	315	Abbuchung von der Bundesschuld ²⁾	367
Gewährung von Aufbauwechsln durch die Kreditinstitute	373	Saldo: Nettoexpansion	321
	688		688

¹⁾ Post „zeitlich gesperrte Verbindlichkeiten an öffentlichen Stellen“ im Nationalbankausweis. – ²⁾ Für Aufbauwechsel verfügbar gemacht. Post „Forderung an den Bundesschatz“ im Nationalbankausweis.

Gemildert wurde die Ausweitung des Geldvolumens vor allem durch die neuerliche *Abnahme des kommerziellen Kreditvolumens* der Kreditinstitute. Der Rückgang war mit 278 Mill. S (im Juli betrug die – in diesem Jahr erstmalige – Abnahme 99 Mill. S) besonders groß und dürfte vorwiegend

¹⁾ Banknotenumlauf plus Teilmunzenumlauf (beide ohne Barkassenbestande der Kreditinstitute) plus freie Giroverbindlichkeiten der Nationalbank plus Scheckverbindlichkeiten der Kreditinstitute (beide ohne solche an Kreditinstitute).

²⁾ Der im vorigen Monatsbericht genannte vorläufige Betrag von 17.723 Mill. S wurde auf 17.688 Mill. S revidiert.

³⁾ Die Statistik der Barkassenbestande der Kreditinstitute im August wird erst im Oktober verfügbar.

durch die Counterpartfreigabe (Ersatz von kommerziellen Krediten durch Aufbaukredite) ermöglicht worden sein. Das *Wirtschaftskreditvolumen*¹⁾ der Kreditinstitute ist dennoch um 95 Mill. S (auf 17.134 Mill. S) gestiegen, da die Abnahme der Kommerzkredite nicht ausreichte, die Ausdehnung der Aufbaukredite voll zu kompensieren.

Die *Geldkapitalbildung* wirkte im August ebenfalls auf den Geldumlauf restriktiv, und zwar durch Zunahme der *Spareinlagen* um 68 Mill. S und durch Vergrößerung des *Umlaufes an Pfandbriefen und Kommunalobligationen* um 3 Mill. S. Seit Jahresbeginn ist der Stand der Sparkonten um 853 Mill. S gewachsen, gegenüber nur 212 Mill. S im gleichen Vorjahreszeitraum.

Auch im August haben die *Kreditinstitute* – wenn man von den ERP-finanzierten Aufbauwechsln absieht – *Zentralbankkredite zurückzahlen* können. Sie lösten eskontierte Handelswechsel für 319 Mill. S und Besatzungskostenschatzscheine (Bundesschatzscheine nach § 2, 1 b der Novelle zum Notenbankuberleitungsgesetz für 134 Mill. S zurück und konnten sogar ihre freien Nationalbankgiroguthaben noch geringfügig (um 1 Mill. S) erhöhen. Die Mittel zu diesen Transaktionen flossen ihnen durch Einlagenzuwachs (132 Mill. S, davon 63 Mill. S Scheckeinlagen und 68 Mill. S Spareinlagen) und Restriktion ihres kommerziellen Kreditvolumens (278 Mill. S) zu. Auch aus den ERP-Transaktionen standen ihnen noch 8 Mill. S zur Verfügung, denn sie legten der Notenbank Aufbauwechsel im Betrage von 381 Mill. S zum Eskont vor, während die von ihnen gegebenen Aufbaukredite 373 Mill. S betrugten. Das formelle Kreditgewahrungspotential der Kreditinstitute nach den Kreditkontrollabkommen ist in den letzten beiden Monaten gewachsen, denn infolge der Devisen- und der Counterpartmittelgebarung hat sich der Rückgang des kommerziellen Kreditvolumens nicht auf den Einlagenstand ausgewirkt.

Auf dem *Kapitalmarkt* änderte sich – außer der bereits erwähnten Sparkontenzunahme und Erhöhung des Umlaufes an Pfandbriefen und Kommunalobligationen – wenig. Der *Aktienkursindex* (36 Industrieaktien) fiel um 0,7% (von 400,2 auf 397,3; März 1938 = 100). Der *Kursindex festverzinslicher Werte* stieg abermals leicht (plus 1,7%, von 77,5 auf 78,8; März 1945 = 100), während der Kurs der *Bundesschuldverschreibungen 1947* (nach dem Vermögens- und Vermogenzuwachsabgabetermin) um 2,5% auf 49,75 S per 100 Nominale zurückging. Der Kurs der

¹⁾ Kredite (kommerzielle Kredite und Aufbaukredite) an die Wirtschaft im Gegensatz zu Krediten an den Staat.

5%igen *Aufbauanleihe* 1949 sinkt bereits seit Mai (Mitte August bis Mitte September von 76'75 auf 76'00 S per 100 S Nominale).

Preise und Löhne

Dazu statistische Übersichten 2.1 bis 2.8

In der Berichtsperiode haben sich die Preise fast aller Waren weiter gefestigt. Die Nachrichten über eine bevorstehende Wechselkursänderung, das Aufhören der Preisrückgänge auf den Weltmärkten und die saisonbedingte Belebung der Nachfrage haben auf vielen Gebieten bereits neuen Preisauftrieb bewirkt. Auf der Wiener Herbstmesse wurden zumindest für Investitionsgüter meist etwas höhere Preise gefordert als zur Zeit der Frühjahrsmesse. Nur vereinzelt kam es noch zu namhaften Preissenkungen (z. B. bei Radioapparaten).

Der *Großhandelspreisindex* des Statistischen Zentralamtes ist von Mitte August bis Mitte September geringfügig – von 817 auf 819 (März 1938 = 100) – gestiegen. Dies ist ausschließlich auf Preissteigerungen bei Nahrungs- und Genußmitteln zurückzuführen (von 769 auf 774). Es zogen die Preise für Rindfleisch, Weizen und Roggen (letztere saisonbedingt) an. Auch Kaffee wurde wegen hoher Agios bei Kopplungsgeschäften teurer. Inlandshafer wurde hingegen billiger. Unter den Industriestoffen sind Baumwolle und Flachs teurer, Wolle, Jute, Kautschuk sowie Bau- und Nutzholz billiger geworden; der Teilindex für Industriestoffe sank von 902 auf 900.

Der *Lebenshaltungskostenindex*¹⁾ des Institutes registrierte in der Berichtsperiode bei Herren- und Damenwäsche sowie bei Strümpfen und Socken erstmalig eine fühlbare Preissenkung (2 bis 10%). Auf dem Textilfertigwarenssektor waren vorher nur Preisrückgänge bei Waren hoher Qualität bzw. Luxuswaren festgestellt worden, deren Preise sich stets als elastischer erwiesen haben als jene einfacher Gebrauchswaren. Lediglich die Preise für relativ billige Textilhalbware (insbesondere Stoffe) sind bisher bereits merklich gesunken.

Trotz dem Rückgang einiger Textilpreise ist der Gesamtindex der Lebenshaltungskosten in der Berichtszeit leicht gestiegen (um 0'6%, von 687'5 auf 691'6; April 1938 = 100). Vorwiegend saisonbedingt wurden Eier (4'5%), Speckfilz (4'9%), Rindfleisch (2'3%), Kalbfleisch (2'0%), die im Index erfaßte Wurstsorte (2'0%) und Blätterspinat (36'4%) teurer. Außerdem stiegen die Preise von Kaffee (5'6%, siehe

auch Großhandelspreisindex) und Bier (2'6% infolge Biersteuererhöhung). Weiters verteuerte sich Steinkohle durch die Frachterhöhung bei Ruhrkohle um 0'7%. Bei Emailgeschirr ergaben Neukalkulationen für einige Erzeugnisse Preissenkungen, für andere Preiserhöhungen.

Unter den *reagiblen Preisen* fällt eine Erhöhung des Index der freien Versteigerungspreise im Wiener Dorotheum (von 514 auf 540; März 1938 = 100) auf, die vorwiegend saisonbedingt (Preiserhöhungen für Pelze und Teppiche), teilweise aber auch auf ein Steigen der Diamantenpreise auf dem Weltmarkt zurückzuführen ist. Die freien Gold- und Silberpreise blieben unverändert. Die „schwarzen“ Devisenkurse gingen infolge des relativ guten Ausländerfremdenverkehrs von Ende Juli bis Ende August weiter zurück (im Durchschnitt von 443 auf 441; März 1938 = 100).

Die *Tariflöhne* und *-gehälter* blieben auch von Mitte August auf Mitte September unverändert. Laufende Verhandlungen im Baugewerbe sowie mit den Arbeitern in den Industriemühlen Wiens, Niederösterreichs, des Burgenlandes und der Steiermark sind noch nicht abgeschlossen.

Im III. Quartal 1952 ist der *Baukostenindex* für Wien (Wohnungsrohbau, d. h. ohne Handwerkerarbeiten, für eine Wohnungseinheit mit 50 m² Wohnfläche, für die 300 m³ umbauten Raumes notwendig sind) nach der Erhöhung im Vorquartal (um 1'2%) wieder um 1'2% auf 827% (1937 = 100) zurückgegangen. Er war damit zwar noch um 1'0% höher als im gleichen Quartal des Vorjahres, aber um 1'8% niedriger als der bisherige Höchststand im IV. Quartal 1951.

Der Rückgang der Baukosten ist ausschließlich auf eine Verringerung des Aufwandes für Baustoffe um 2'1% zurückzuführen, denn der Aufwand für Arbeit blieb gleich. Billiger wurden Betoneisen (Mischpreis zwischen Inlands- und Importware) um 11'3%, Stückkalk um 8'7% und Kanalrohre aus Steinzeug um 4'0%. Teurer wurden nur Stukkaturrohre (um 3'7%). Alle übrigen Baustoffpreise blieben unverändert.

Ernährung

Dazu statistische Übersichten 3.1 bis 3.3

Dank günstiger Versorgung konnten die ohnedies schon wenig fühlbaren Bewirtschaftungsmaßnahmen weiter gelockert werden.

Ab 1. Oktober 1952 können Margarine, Kunstspeisefett und Speiseöl wahlweise bezogen werden. Die Gesamtmenge ist zwar weiterhin mit 35 *dhg* je Kopf und Monat begrenzt; da jedoch Speiseöl (zeitweise auch Kokosfett) auch frei erhältlich ist, können

¹⁾ Nach einem friedensmäßigen Verbrauchsschema für eine vierköpfige Arbeiterfamilie in Wien.

die Konsumenten Höhe und Zusammensetzung ihres Verbrauches an *Pflanzenfetten* nunmehr praktisch selbst bestimmen.

Da die Fettrohstoffpreise weiterhin gestützt werden, mußte man das bisherige Bewirtschaftungssystem grundsätzlich beibehalten. Um jedoch den eventuellen Nachfrageverschiebungen entsprechen zu können, wurde der Industrie ein Lieferplan für drei Monate (bisher nur für einen) vorgeschrieben, wodurch Vorgriffe möglich sind. Dieser Plan geht schon von der Annahme aus, daß die Konsumenten die Nachfrage nach Margarine und Kunstspeisefett zugunsten von Öl einschränken werden (während bisher 25 *dkg* Margarine und 10 *dkg* Kunstspeisefett oder fallweise Speiseöl zugeteilt wurden, nimmt man an, daß nunmehr 20 *dkg* Margarine, 5 *dkg* Kunstspeisefett und 10 *dkg* Öl konsumiert werden). Da der Ölpreis am stärksten gestützt wird (kleinkörnige Ölsaaten sind die teuersten Fettrohstoffe¹⁾, würde diese Verschiebung des Verbrauches einen größeren Bedarf an Subventionsmitteln erfordern, der nur zum Teil durch höhere Eingänge an Ölausgleichsabgabe²⁾ kompensiert werden könnte.

Es ist allerdings wenig wahrscheinlich, daß sich die Nachfrage nach bewirtschaftetem Speiseöl erhöhen wird. Denn Speiseöl ist derzeit das billigste freie Fett. 1 *kg* freies Speiseöl (Erdnuß-, Raps-, Sojaöl) kostet derzeit 13 bis 15 S, d. i. nur um 2 bis 4 S (18 bis 36%) mehr als die bewirtschaftete Ware (11 S), während freies inländisches Schmalz (22 bis 24 S je *kg*) mehr als doppelt, Butter (35·20 S je *kg*) sogar mehr als dreimal so teuer ist wie die entsprechenden bewirtschafteten Substitutionsprodukte Kunstspeisefett (11 S je *kg*) und Margarine (10·50 S je *kg*). Die Konsumenten werden daher vermutlich den Bedarf an festen Fetten (insbesondere für Backzwecke) auf Marken, den Ölbedarf dagegen frei decken. Die Verteilung der Nachfrage auf Margarine und Kunstspeisefett wird vor allem von der Qualität des rationierten Schmalzes und von den Verbrauchsgewohnheiten abhängen, die regional sehr verschieden sind (in Vorarlberg wird Kunstspeisefett der Margarine in der Regel vorgezogen).

Von den 12.000 *t* Raps, die heuer unerwartet aus dem Inland angeboten wurden, konnten tatsächlich nur 7.000 *t* aufgebracht werden. Offenbar hat man infolge ungenauer Statistiken die Ernte überschätzt.

¹⁾ Siehe auch Monatsberichte Nr. 7, Jg. 1952, S. 195.

²⁾ Alle Fettrohstoffe werden auf den gleichen Einstandspreis gestützt. Da auch die Preise für Kunstspeisefett und Öl gleich hoch festgesetzt sind, wird als Ausgleich für den Wegfall einer Erzeugungsstufe bei Speiseöl eine Ausgleichsabgabe von 1.946 S je *t* eingehoben.

Da die Industrie mit allen Fettrohstoffen auf mehr als ein halbes Jahr im voraus versorgt ist, wurden im September und Oktober keine Importe von Fettrohstoffen bewilligt.

Schmalz wurde in letzter Zeit hauptsächlich mit freien Dollars oder aus Teilnehmerländern bezogen. Da nun die Weizenimporte im Rahmen des Weizenabkommens nicht mehr mit ERP-Mitteln bezahlt werden dürfen, kann statt dessen wieder Schmalz eingeführt werden. Die Mittel für das 2. Halbjahr 1952 wurden jedoch erst Anfang Oktober bewilligt. Da von Juni bis September keine Importe abgeschlossen werden konnten, schrumpften die Vorräte stark zusammen. Im September und Oktober wurden erstmalig aus Ungarn 1.000 *t* Schmalz importiert. Das ungarische Schmalz ist von besserer Qualität, aber auch bedeutend teurer als die bisher eingeführte amerikanische Ware³⁾.

Mit Beginn des neuen Zuckerwirtschaftsjahres (1. November 1952) wird die Bewirtschaftung von *Zucker* für Konsumenten und Einzelhandel aufgehoben. Sie bleibt jedoch für Industrie und Großhandel zunächst bis zum Ablauf des Lebensmittelbewirtschaftungsgesetzes (Mitte 1953) weiter bestehen, um vor allem die noch immer erforderlichen Importe lenken zu können. Gleichzeitig wird auch der bisherige Preisunterschied zwischen Konsum- und Verarbeitungszucker aufgehoben, da die Preise für Importzucker teilweise schon niedriger sind als die für inländische Ware, und die verarbeitenden Betriebe sich außerdem in erhöhtem Umfang aus der Inlands-erzeugung versorgen werden.

Im Wirtschaftsjahr 1951/52 (1. Juli 1951 bis 30. Juni 1952) wurden insgesamt 189.400 *t* Zucker verbraucht gegen 169.000 *t* im Vorjahr und 157.400 *t* vor dem Krieg. Zu Ende des Wirtschaftsjahres bestand ein Vorrat von 59.000 *t*, mit dem man leicht den Anschluß an die neue Kampagne finden konnte.

Struktur des Zuckerverbrauches¹⁾

	1950/51		1951/52	
	1.000 <i>t</i>	in %	1.000 <i>t</i>	in %
Rationen	125·9	74·5	123·0	65·0
Zuteilungen an Werksküchen	1·0	0·6	1·0	0·5
Freier Konsumzucker	5·2	3·1	9·2	4·9
Prämien	8·3	4·9	10·4	5·5
Verarbeitende Betriebe	25·5	15·1	42·1	22·2
Weinbauern und Imker	3·1	1·8	3·7	2·0
Insgesamt	169·0	100·0	189·4	100·0

¹⁾ Nach Angaben des Bundesministeriums für Inneres, Sektion Volksernährung.

³⁾ Während die kalkulierten Importabgabepreise für amerikanisches Schmalz bei den letzten Zuschlägen (Mai und Juni) durchschnittlich 7.200 S je *t* betragen haben, beläuft sich der Importabgabepreis für ungarisches Schmalz auf 10.067 S je *t*; er ist allerdings noch immer niedriger als der festgesetzte Großhandelseinstandspreis (11.320 S je *t*).

Auf Grund der bisherigen Erfahrungen nimmt man an, daß die Nachfrage nach Aufhebung der Rationierung etwas abnehmen wird. Bleibt jedoch der Verbrauch gleich hoch wie im Vorjahr, so wird man voraussichtlich noch immer rund 30.000 t importieren müssen, da die inländische Produktion nach den letzten Schätzungen kaum mehr als 160.000 t erreichen dürfte.

Nach dem saisonbedingten Rückgang in den letzten Monaten nahm das *Fleischangebot* in Wien im September wieder um 6% zu. Die Zufuhren von Schweinen stiegen trotz geringeren Importen entgegen den saisongemäßen Erwartungen von durchschnittlich 8.529 Stück je Woche im August auf 8.825 im September, die Anlieferung von Kälbern von 2.670 auf 3.286 Stück, während der Auftrieb von Rindern nahezu unverändert blieb (1.663 gegenüber 1.634 Stück je Woche). Auch die Zufuhren von Fleisch in die Großmarkthalle erhöhten sich von durchschnittlich 112 t auf 137 t je Woche. Da die Nachfrage relativ schwach blieb (die Konsumenten versuchen vielfach ihre Urlaubsausgaben nachträglich zumindest teilweise wieder einzusparen), werden die Vorräte, mit deren Abverkauf man bis Ende September rechnete, sehr schleppend abgesetzt¹⁾. Die wachsenden Lagerkosten und nicht zuletzt die Gefahr einer Qualitätsverschlechterung drängen dagegen zu einer baldigen Auflösung der Lagerbestände.

Infolge der günstigen Versorgungslage bleiben die Beschränkungen im Fleischverkauf und in der Wursterzeugung, die ursprünglich nur bis Ende September eingestellt worden waren, weiterhin aufgehoben.

Land- und Forstwirtschaft

Dazu statistische Übersichten 3.4 bis 3.10

Die feuchte und kalte *Witterung* im September konnte die Wachstumsschäden wegen der Trockenheit in den Vormonaten nur mehr teilweise mildern. Nur Futter- und Zuckerrüben sowie Kleeschläge holten noch auf, für Erdäpfel und Wiesen kamen die Niederschläge schon zu spät. Dennoch schätzt man, daß die Erdäpfelerträge etwas höher als im Vorjahre (128'7 q je ha) sind, doch dürfte der Ertrag des Jahres 1950 (138'6 q je ha) nicht erreicht werden. Äpfel und Birnen brachten wieder etwas über dem Durchschnitt liegende Erträge und auch die Weinernte scheint mengen- und gütemäßig besser zu sein, als kürzlich noch angenommen wurde.

¹⁾ Bis Ende September wurden nur etwa 10% der Vorräte abgesetzt.

Raps und Wintergerste wurden ungefähr ebenso viel wie im Jahre 1951 angebaut. Auch Winterroggen konnte im September bereits zu 70% bestellt werden. Die Aussaat von Winterweizen blieb dagegen stark im Rückstand. Da heuer der Roggenpreis auf das Niveau des Weizenpreises gehoben wurde, säte man mehr Roggen als in den letzten Jahren. Es dürfte auch volkswirtschaftlich richtig sein, die Selbstversorgung mit Roggen anzustreben, da diese für Österreich wichtige Brotfrucht im Ausland in guter Qualität nur schwer erhältlich und zudem zu teuer ist. Damit aber der stark verringerte Roggenbau wieder Fuß fassen kann, wird man neben den preispolitischen Maßnahmen noch andere treffen müssen; vor allem wären verschiedene Roggensorten züchterisch zu bearbeiten, um sie kurzstrohiger und standfester und so für die maschinelle Ernte geeigneter zu machen.

Dank ausreichendem Angebot konnte die Nachfrage nach *Saatgut* für den Herbstanbau befriedigt werden. Nur Saatroggen war in einigen Bundesländern knapp, da die Vermehrungsbestände gebietsweise unter Frostschäden gelitten hatten. Stark nachgefragt war Petkuser Roggen, der sich mit der wachsenden Verwendung von Landmaschinen wegen seiner Lagerfestigkeit in den Tief- und Mittellagen Österreichs in den nächsten Jahren stärker ausbreiten dürfte. Bis geeignete eigene Züchtungen zur Verfügung stehen, sollten größere Mengen dieser Sorte aus Deutschland eingeführt und in Österreich vermehrt werden.

Die Nachfrage nach *Handelsdünger* ist im heurigen Herbst geringer als im Vorjahr. Wie weit dieser Rückgang auf die höheren Kunstdüngerpreise zurückzuführen ist, kann zur Zeit nicht zuverlässig beurteilt werden. Viele Landwirte haben nämlich größere Mengen Phosphat- und Kalidünger für den Herbstanbau bereits im Mai und Juni, also noch vor der Preiserhöhung bezogen. Auffallend ist, daß die Nachfrage in den Intensivgebieten weniger nachgelassen hat als in den Zonen mit extensivem Landbau. Das dürfte teils auf die höheren Geldeinnahmen der aufwandsstarken Betriebe zurückzuführen sein, teils darauf, daß diese Betriebe die rohertrags erhöhende Wirkung der Mineraldüngung gut kennen und diese auch bei weniger günstigen Preisrelationen voll und in harmonischen Mengenverhältnissen einsetzen²⁾.

Das vorläufige Ergebnis der Erhebung über die *Bodennutzung 1952* ist zwar etwas günstiger als im

²⁾ Siehe auch den Aufsatz in diesem Heft: „Der gegenwärtige Verbrauch an Kunstdünger und die Möglichkeiten seiner Intensivierung“, S. 263.

Vorjahr, doch gibt das Österreichische Statistische Zentralamt die Ackerflächen noch immer um 102.861 ha oder 5,9% und die land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen um 121.183 ha oder 1,7% niedriger an als im Jahre 1950. (Im Jahre 1951 betrug das Minus gegen 1950 113.826 ha oder 6,5% und 164.077 ha oder 2,3%.) Da hauptsächlich die Getreideflächen unvollständig erfaßt sein dürften — sie sind um 56.000 ha niedriger ausgewiesen als vor zwei Jahren —, wird die gesamte Getreideproduktion um etwa 100.000 t unterschätzt.

Anbauflächen der Hauptfrüchte¹⁾

	Ø 1926 bis 1935	1947	1948	1949	1950	1951	1952	
	1.000 ha						a)	b)
Brotgetreide	600	448	448	454	473	405	421	576
Futtergetreide	536	380	375	390	409	405	405	499
Kartoffeln	193	170	175	178	184	168	170	205
Zuckerrüben	37	20	22	26	29	39	40	42
Raps, Rübsen	2	5	4	3	3	3	6	4
Futter- und Kohlrüben ..	67	92	98	97	91	76	73	70
Andere Futterpflanzen ...	418	516	554	543	523	495	491	481
Sonstige Früchte und Bräue	94	81	69	53	44	51	47	136
Ackerfläche	1.947	1.712	1.745	1.744	1.756	1.642	1.653	2.013

¹⁾ Nach Angaben des Österreichischen Statistischen Zentralamtes. — a) Vorläufige Ergebnisse. — b) Voranschlag nach dem Long-Term-Programm.

Auch das überaus starke Angebot an *Brotgetreide* unmittelbar nach der diesjährigen Ernte läßt auf eine etwas höhere Getreideproduktion im Jahre 1952 schließen. Während bis 31. August 1951 nur 42.658 t Weizen und 24.642 t Roggen, zusammen 67.300 t auf den Markt gebracht wurden, waren es heuer zum gleichen Zeitpunkt bereits 123.850 t, davon 77.240 t Weizen und 46.610 t Roggen. Da der Lagerraum bei Mühlen, Handel und Genossenschaften begrenzt ist und sich größere Vorräte an ausländischem Brot- und Futtergetreide angesammelt haben, wird Inlandsgetreide mit niedrigerem Hektolitergewicht gebietsweise nicht mehr übernommen. Dies ist aber gesamtwirtschaftlich ungünstig, da erhebliche staatliche Subventionen auch noch nach Erhöhung der Getreidepreise aufgewendet werden müssen, um das teurere Auslandsgetreide auf das Niveau der Inlandspreise herabzuschleusen. Wenn auch ausreichende Vorräte gehalten werden müssen, um Versorgungslücken zu überbrücken, so sollte ausländisches Brotgetreide aus budgetären Gründen doch nur ergänzend zum inländischen Aufkommen eingeführt werden. Um aber die zu erwartende Marktleistung an Getreide schon bald nach der Ernte halbwegs verläßlich schätzen zu können, wären Maßnahmen, die die Saat- und Kulturflächen sowie die Produktion statistisch genauer erfassen lassen, dringend notwendig.

Energiewirtschaft

Dazu statistische Übersichten 4.1 bis 4.5

Elektrische Energie und Kohle waren im August ausreichend verfügbar. Der Stromverbrauch bleibt seit Monaten fast konstant und die Kohlenbezüge fast aller Verbrauchergruppen sind weit niedriger als vor einem halben Jahr.

Die Winterbevorratung hat den Absatz bisher nicht belebt. Besonders die Industrie kaufte im August viel weniger Kohle, als sie in ihren Bedarfsmeldungen an die Oberste Bergbehörde angefordert hatte.

Trotz verringerten Kohlenimporten (im Durchschnitt der Monate Juni bis August sanken die Einfuhren auf 74% des Vorjahrsdurchschnittes) ist auch der Inlandsabsatz des heimischen Bergbaues in der gleichen Zeit um 5% zurückgegangen¹⁾. Demzufolge mußten besonders die kleineren Bergbaubetriebe die Förderung einschränken, auf Kurzarbeit übergehen oder Arbeiter entlassen.

Die durchschnittliche Förderung je Arbeitstag ist im Braunkohlenbergbau seit Anfang des Jahres von 17.985 t auf 15.768 t im August gesunken.

Durchschnittliche Braunkohlenförderung je Arbeitstag

Zeit	Förderung t	Arbeitstage	Förderung je Arbeitstag t
1952 I.	467.600	26	17.985
II.	429.784	25	17.191
III.	468.494	26	18.019
IV.	431.719	25	17.269
V.	413.182	25	16.527
VI.	376.319	23	16.368
VII.	423.001	27	15.667
VIII.	394.190	25	15.768

Die inländische Kohlenförderung war im August — da er zwei Arbeitstage weniger hatte — um 7% niedriger als im Juli. Die Kohleneinfuhr, vor allem die von Steinkohle, ging ebenfalls zurück.

Aus heimischer Produktion und Importen standen der österreichischen Wirtschaft im August insgesamt 515.000 t (SKB) Kohle, um 8% weniger als im Juli, zur Verfügung.

Einzelne Hauptverbrauchergruppen nahmen bedeutend weniger Kohle ab als in den Vormonaten. Im Vergleich zum Durchschnitt des I. Quartals 1952 bezogen z. B. der Verkehr nur 58%, die Gaswerke 45%, die Industrie 80%, die Kokerei Linz 76% und der Hausbrand 57%.

Obwohl die *Stromerzeugung* durch die Trockenheit beeinträchtigt wurde und die Gesamterzeugung im öffentlichen Netz, trotz Erhöhung der kalorischen

¹⁾ Gegenüber dem I. Quartal 1952 sank er sogar um 13%.

Stromerzeugung von 49 Mill. kWh auf 88 Mill. kWh, von Juli bis August um 32,6 Mill. kWh zurückging, konnte die Stromversorgung allen Anforderungen gerecht werden. Auch das Aluminiumwerk Ranshofen konnte voll produzieren.

Der Stromverbrauch war mit 434 Mill. kWh, trotz den hohen Lieferungen an Ranshofen, nur um 4,3% höher als im Vorjahr. Die von Fachleuten für das heurige Jahr erwartete Verbrauchszunahme um 10 bis 12% wird wegen der Konjunkturabschwächung keinesfalls erreicht werden. Schaltet man den Mehrverbrauch von Ranshofen aus der Berechnung aus, so war der Stromverbrauch in den letzten Monaten sogar geringer als vor einem Jahr.

Infolge der ungünstigen Wasserführung ging auch der Stromexport auf 114 Mill. kWh (um 37 Mill. kWh gegenüber dem Vormonat) zurück.

Da fast die Hälfte der unerwartet hohen kalorischen Stromerzeugung aus Erdöl, Erdgas und Industriegas erfolgte, waren die Zulieferungen an Kohle auch im August größer als der Verbrauch, so daß die Kohlenvorräte von 309.000 t (Ende Juli) auf 315.000 t (SKB) stiegen.

Ende August wurde im Dampfkraftwerk Sankt Andrä in Kärnten der vierte Maschinensatz mit einer Leistung von 20.000 kW in Betrieb genommen.

Industrieproduktion

Dazu statistische Übersichten 5.1 bis 5.22

Auch im Juli litt die Industrie unter Absatzschwierigkeiten. Für die unterschiedliche Entwicklung von Branche zu Branche waren aber nicht nur konjunkturelle Faktoren, sondern auch Urlaube maßgebend. Die Produktionsmittelindustrien konnten, mit Ausnahme der Maschinen- und Elektroindustrie, die Produktion vom Juni aufrecht erhalten. In den Konsumgüterindustrien dagegen ging sie weiter zurück.

Die Gesamtproduktion war damit im Juli mit 163,7% von 1937 wieder um 0,1% niedriger als im Juli 1951 (Produktionsmittelindustrien + 0,5%, Konsumgüterindustrien - 1,1%) und auf die niedrigste Indexziffer seit Dezember 1951 gesunken.

Der Rückgang der Erzeugung von Juni auf Juli war stärker als in den letzten Jahren, so daß der saisonbereinigte Produktionsindex um 4,4% zurückging.

Im August dürfte zwar die Erzeugung, da sie nicht mehr so sehr durch Urlaube beeinträchtigt wurde wie im Juli, nach bisherigen Meldungen wieder etwas gestiegen sein. Eine stärkere, annähernd saisonentsprechende Belegung wird aber wahrscheinlich erst in den Septemberziffern zum Ausdruck kom-

men, weil nach den bisherigen Meldungen der Konsumgüterindustrien erst ab Ende August größere Aufträge eingingen.

Der seit Jahresbeginn anhaltende Beschäftigungsrückgang in der Industrie hat im Juli aufgehört. Der Index war mit 163,7% von 1937 sogar geringfügig höher als im Juni. Wegen des gleichzeitigen Produktionsrückganges sank der Produktivitätsindex (Produktion pro Kopf des Beschäftigten) auf 100,0% von 1937.

Der Index der Bergbauproduktion ist im August um 4,3% zurückgegangen, da die Kohlenförderung wegen Absatzschwierigkeiten eingeschränkt werden mußte. Auch bei Graphit und Talkum hat sich der Absatz verringert. Die Magnesitförderung erreichte zwar einen neuen Rekordstand (205,9% von 1937), die Erzeugung von Fertigwaren ging aber leicht zurück. Günstig ist die Lage nur im Eisenerzbergbau, der wegen der anhaltenden Konjunktur der Hütten keine Absatzsorgen hat.

Die Produktion der eisenschaffenden Industrie ist im August trotz steigender Roheisenerzeugung wegen Ausfalls eines Stahlofens und einer Walzstrecke gegenüber Juli um 2,4% auf 182,5% von 1937 zurückgegangen.

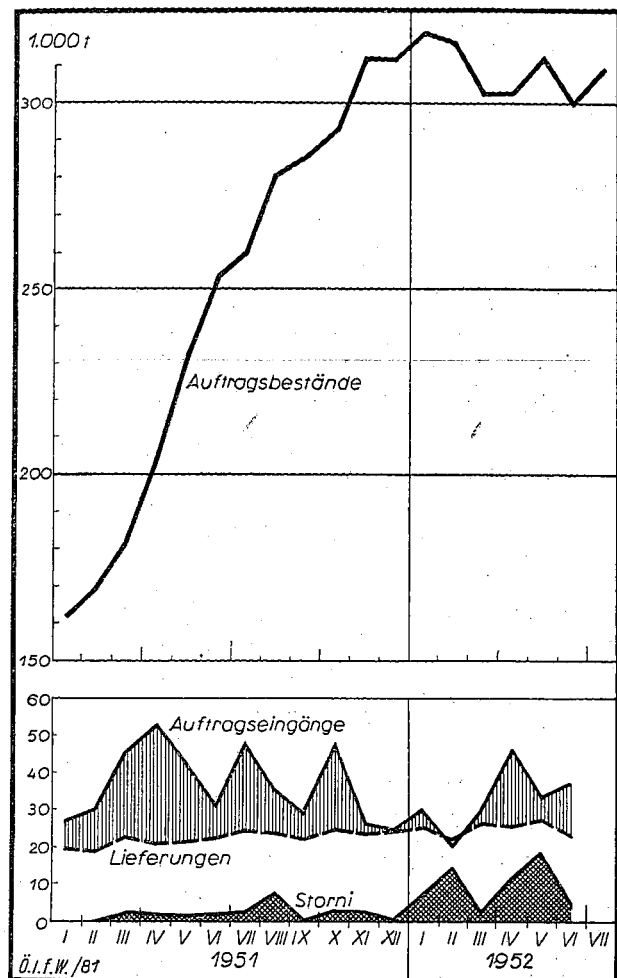
Die Versorgung der inländischen Kunden mit Walzmaterial ist derzeit befriedigend. Die laufenden Auftragseingänge sind zwar noch immer viel höher als die Lieferungen, gleichzeitig werden aber auch beträchtliche Aufträge storniert. Im 1. Halbjahr 1952 erhielten die Werke Aufträge auf insgesamt 198.493 t Walzmaterial (13% weniger als im 1. Halbjahr 1951) und lieferten gleichzeitig 150.578 t (20% mehr) aus. Obwohl die Lieferungen um 47.915 t (24%) geringer waren als die Neubestellungen, ging der gesamte Auftragsbestand von 1. Jänner bis 1. Juli um 10.011 t auf 308.869 t zurück, so daß in dieser Zeit rund 60.000 t Inlandsaufträge storniert worden sind¹⁾.

Die Lieferfristen sind infolge der großen Aufträge im Vorjahr (von 1. Jänner 1951 bis 31. Dezember 1951 stieg der Auftragsbestand von 162.000 t auf 312.000 t) noch immer sehr lang (durchschnittlich über ein Jahr). Sie wirken sich gegenwärtig nur deshalb nicht so stark aus, weil die Verbraucher einerseits Lagerbestände aufbrauchen und außerdem noch überhöhte Bestellungen aus früherer Zeit laufen haben, deren teilweise Erfüllung ihren jetzigen Bedarf deckt. Mit einer wesentlichen Besserung der Walzmaterialversorgung ist auch in der nächsten Zeit nicht zu rechnen, denn ein Großteil der Produktion

¹⁾ Im 1. Halbjahr 1951 hatten die Auftragsbestände um 97.344 t zugenommen, während nur 5.919 t storniert wurden.

Auftragseingänge, Lieferungen und Auftragsbestände bei Kommerzwalzwaren (Nur Inlandskunden)

(Normaler Maßstab; 1.000 t)



Im Jahre 1951 waren die Auftragseingänge der eisenschaffenden Industrie in manchen Monaten mehr als doppelt so hoch wie die Auslieferungen. Die Auftragsbestände sind daher sprunghaft gestiegen. Im 1. Halbjahr 1952 gingen die Auftragsbestände etwas zurück, da der anhaltende Überschuß der Aufträge gegenüber den Lieferungen durch Storni überkompensiert wurde.

der kürzlich in Betrieb genommenen Breitbandstraße in Linz — die außerdem unter Stahlmangel leidet — soll zumindest in der ersten Zeit exportiert werden.

Der Index der Metallhütten ist auch im Juli noch um 3,2% auf 577,2% von 1937 gestiegen. Die betriebsfähige Kapazität der Aluminiumerzeugung konnte voll ausgenutzt werden, so daß die Erzeugung fast 5.000 t erreichte. Trotz dieser hohen Produktion konnte der Betrieb ohne Schwierigkeiten mit Rohmaterial (Tonerde und Elektroden) versorgt werden. Im 1. Halbjahr wurden 17.000 t Aluminium produziert und (einschließlich Aluminiumhalbzeug) fast 9.000 t exportiert. Welche Bedeutung die Aluminiumverwendung in den letzten Jahren auch in

Auftragseingänge, Lieferungen und Auftragsbestände bei Kommerzwalzwaren

(Nur Inlandskunden)

Zeit	Auftragseingänge	Lieferungen	Auftragsbestände	Storni
			am Anfang und Ende des Halbjahres	
in Tonnen				
1. Hj. 1951....	228.819	125.556	162.223	5.919
			259.567	
2. Hj. 1951....	212.517	145.453	259.567	7.751
			318.880	
1. Hj. 1952....	198.493	150.578	318.880	57.926
			308.869	

Österreich gewonnen hat, geht daraus hervor, daß in den Jahren vor dem Kriege dem österreichischen Markt nicht mehr als 1.000 t Aluminium je Jahr zur Verfügung standen, während es im Vorjahr bereits 19.000 t und im 1. Halbjahr 1952 10.000 t waren. Ein beträchtlicher Teil des Mehrverbrauches ist allerdings durch den Ersatz knapper Buntmetalle entstanden und wird zum Teil wieder abgebaut werden.

In der Kupfer- und Bleierzeugung konnten die Produktionsmengen der Vormonate annähernd gehalten werden, jetzt stockt aber — erstmals in der Nachkriegszeit — der Absatz. Bei den Halbzeugwerken ist die Lage noch schlechter. In keinem dieser Betriebe kann die Erzeugung vom Vorjahr auch nur annähernd erreicht werden. Auch bei den Verzinckereien ist der Absatz viel geringer als im Vorjahr.

In der Gießereiindustrie ist die Produktion nach dem Rückschlag im Juni, im Juli wieder um 14,4% auf 235,9% von 1937 gestiegen und hält damit ungefähr auf dem Durchschnittsstand des Vorjahres. Die Metallgießereien begegnen dem Rückgang der Aufträge bereits durch Einschränkung der Erzeugung.

Die Eisenwaren- und Metallwarenindustrie war saisonbedingt schlecht beschäftigt. Im August gingen zwar größere Aufträge ein, sie blieben aber beträchtlich hinter denen des Vorjahres zurück.

Die Fahrzeugindustrie hat im Juli mit 280,2% von 1937 einen neuen Höchststand der Produktion erreicht. 25% der Gesamtproduktion konnten exportiert werden, wobei das Schwergewicht bei Motorrädern und Traktoren liegt. In der nächsten Zeit dürfte die Ausfuhr aber zurückgehen, weil die Betriebe vielfach nicht mehr die erforderlichen Betriebskredite beschaffen können.

Die Maschinenindustrie ist noch immer relativ gut beschäftigt. Die Erzeugung ist zwar im Juli um 5,7% zurückgegangen, war aber immer noch um 8,5% höher als im Durchschnitt des Vorjahres.

In der Elektroindustrie entwickelte sich die Produktion auch im Juli uneinheitlich. In einigen Sek-

toren der Produktionsmittelerzeugung erholte sich zwar die Erzeugung vom Rückschlag des Vormonates, erreichte aber bei weitem nicht den Stand vom Jahresanfang. Die *Glühlampen-* und die *Radioindustrie* mußten die Erzeugung weiter einschränken, haben aber Ende August wieder größere Aufträge erhalten und können daher eine annähernd saisonmäßige Belegung erwarten.

Das Exportgeschäft der Elektroindustrie wird immer schwieriger. Die Glühlampenindustrie, die nur einen Bruchteil ihrer Kapazität durch Inlandsaufträge ausnutzen kann, ist wegen der sinkenden Weltmarktpreise konkurrenzunfähig geworden. Die Erzeuger von elektrischen Großmaschinen müssen Auslandsaufträge zum Teil ablehnen, obwohl sie kapazitäts- und preismäßig die Aufträge hätten übernehmen können, da sie nicht mehr in der Lage sind, die geforderten Zahlungsziele (oft mehrere Jahre) zu gewähren, denn es fällt ihnen schon schwer, die Produktion dieser Exportgüter (Großmaschinen erfordern oft mehrere Jahre Bauzeit) zu finanzieren. Während es bisher bei solchen Geschäften üblich war, noch während der Produktionsdauer Vorauszahlungen zu leisten, werden jetzt drei- und vierjährige Zahlungsziele gefordert und von deutschen und englischen Firmen auch gegeben.

Die *Schwachstromindustrie*, die zu einem erheblichen Teil (Telephonindustrie) für den inländischen öffentlichen Bedarf arbeitet, hat noch Aufträge bis Jahresende, ist aber infolge großer Außenstände bei öffentlichen Stellen in Schwierigkeiten gefaten.

Auch in der *chemischen Industrie* hielt der Erzeugungsrückgang im Juli noch an. Der Gesamtindex sank um 3,3% auf 169,2% von 1937. Am ungünstigsten entwickelte sich die Erzeugung von *Soda*, *Ätznatron*, *Kautschukwaren* und *Zündhölzern*. Die *Zellwollefabrik Lenzing*, die noch vor einigen Monaten ihre Kapazität zu 100% ausnutzen konnte, erzeugt kaum mehr die Hälfte. Im Gefolge dieser Einschränkung ist auch der Absatz von Schwefelkohlenstoff und Schwefelsäure (Lenzing ist der größte Verbraucher dieser beiden Chemikalien) stark zurückgegangen. Da in der nächsten Zeit die zweite Ausbaustufe der Kärntner Schwefelsäurefabrik fertig wird (dann stehen 35.000 t Schwefelsäure aus dem Inland zur Verfügung, das ist mehr als der derzeitige Bedarf), erscheint das Projekt der Anhydrit-Schwefelsäurefabrik in Oberösterreich, für das bereits wesentliche Vorarbeiten geleistet worden sind, nicht mehr so aktuell wie noch vor wenigen Monaten, als Lenzing voll produzierte und Schwefelsäure importiert werden mußte.

Die *Baustoffindustrie* hat im Juli mit 300,2% von 1937 zwar den höchsten Stand in diesem Jahr erreicht, aber die Absatzstockungen noch nicht überwunden. In der *Ziegelindustrie* ist die Lage uneinheitlich und, im Gegensatz zu früheren Jahren, in den westlichen Bundesländern schlechter als in den östlichen. Durch die Erhöhung der Frachttarife und die von Haus aus hohe Frachtbelastung von Ziegeln ist selbst über relativ kurze Entfernungen ein Ausgleich von Nachfrageunterschieden nicht mehr möglich.

Die *Zementindustrie* erhielt in der letzten Zeit wieder größere Bestellungen, kann aber, besonders in den westlichen Bundesländern, bei weitem nicht die Lieferungen des Vorjahres erreichen.

In den *Konsumgüterindustrien* ist mit Ausnahme der *Papier-* und *Tabakindustrie* die Erzeugung in allen Zweigen weiter zurückgegangen. Der Index der *Papierindustrie*, der im Juli auf 96,5% von 1937 gestiegen war, hat im August wieder um 4,3% abgenommen. Die kritische Exportlage — die Exporte sind seit Anfang des Jahres mengenmäßig um über 30% zurückgegangen — hat sich noch immer nicht gebessert. Die Holzvorräte der *Papierindustrie* haben in den letzten Monaten ständig zugenommen. Ende Juli betragen sie 1,4 Mill. fm (das entspricht etwa dem Verbrauch von sieben Monaten).

In der *Leder-* und *Schuhindustrie* wurden die Betriebe im Juli vorübergehend, der Urlaube wegen, gesperrt. Die Produktion ging deshalb gegenüber Juni um 39,4% auf 52,8% von 1937 zurück. Infolge der anhaltenden schwachen Absatzlage haben einige Betriebe der *Schuhindustrie* die dreiwöchige Urlaubssperre im Juli noch verlängert. Die Erzeugung von *Lederschuhen* ging daher auf 122.000 Paar, das sind 27% von 1937, zurück.

Der Index der *Textilindustrie* ist im Juli nur mehr um 5,1% zurückgegangen, womit der tiefste Stand seit Juli 1950 erreicht wurde. Infolge der üblichen Absatzbelegung im Herbst dürfte sich die Produktion im August etwas und im September weiter gebessert haben. Der starke Rückgang der *Textilproduktion* seit Anfang dieses Jahres dürfte aber heuer nicht mehr wettgemacht werden können. Wahrscheinlich wird nicht einmal in den nächsten Monaten die Erzeugung des Vorjahres erreicht werden.

Der Index der *Nahrungs-* und *Genußmittelindustrie* war, hauptsächlich wegen der hohen *Bier*-erzeugung, auch im Juli wieder um 10,2% höher als im Juni. Auch die übrigen Sparten der *Getränkeindustrie* hatten dank der warmen Witterung ein über-saisonmäßig gutes Geschäft.

Umsätze

Dazu statistische Übersichten 6.1 bis 6.3

Im August war der Geschäftsgang im Einzelhandel befriedigend. Der Rückgang der Gesamtumsätze um 2% war bedeutend geringer, als saisonmäßig zu erwarten war. Da der August zwei Verkaufstage weniger hatte als der Juli, sind die Umsätze je Verkaufstag sogar um 6% gestiegen. Insgesamt waren die Mengenumsätze etwa gleich hoch wie im August 1951, als den Geschäftsgang ebenfalls übersaisonmäßig gut und ein Verkaufstag mehr als heuer war.

Die relativ guten Umsätze im August lassen zwar noch kaum den allgemein für den Herbst erwarteten konjunkturellen Aufschwung erkennen. Immerhin dürfte der Tiefpunkt der Absatzkrise überwunden sein. Faßt man nämlich, um Witterungseinflüsse und Schwankungen der Zahl der Verkaufstage auszuschalten, die Monatsergebnisse zu größeren Zeiträumen zusammen, so ergeben sich für die Monate April bis August etwa die gleichen Umsatzmengen wie im entsprechenden Vorjahresabschnitt. Im I. Quartal waren sie dagegen um 8% darunter gelegen. Der Umsatztrend steigt demnach zwar noch nicht, hat sich aber wenigstens auf dem Niveau des Vorjahres stabilisiert.

Indizes der Einzelhandelsumsätze

Zeit	Wertmäßig		Mengenmäßig ¹⁾		1952 in % von 1951
	1951	1952	1951	1952	
		Ø 1948 = 100			
Ø I.—III.....	159'4	178'9	115'2	105'9	91'9
Ø IV.—VI.....	170'2	203'9	120'8	121'8	100'8
Ø VII.—VIII.....	186'0	196'1	116'6	117'8	101'0
Ø IV.—VIII.....	176'5	200'8	119'1	120'2	100'9

¹⁾ Schätzung. Berechnet durch gruppenweise Ausschaltung der Preisveränderungen nach dem Lebenshaltungskostenindex des Institutes (mit gewissen Adaptierungen).

Der bessere Geschäftsgang in den letzten Monaten beruht teilweise auf der Zunahme der Ratengeschäfte, die trotz Kreditrestriktionen höher waren als im Vorjahre. Die steigenden Kreditumsätze, die größtenteils zusätzliche Käufe darstellen, lassen vermuten, daß die Konsumenten keine weiteren Preissenkungen erwarten und auch ihre zukünftige wirtschaftliche Lage optimistischer beurteilen¹⁾. Wieweit der Handel von sich aus die Kreditgewährung ausweitete, um dadurch den Absatz zu beleben, ist schwer zu beurteilen; doch dürfte dies wegen der angespannten Liquidität bisher kaum in größerem Maße erfolgt sein.

Wegen der unklaren Konjunkturlage beurteilt der Handel die zukünftigen Absatzchancen nicht ein-

¹⁾ Die konjunkturelle Abschwächung veranlaßte die Konsumenten Anfang des Jahres, die Kreditkäufe einzuschränken, um im Falle von Arbeitslosigkeit nicht in Zahlungsschwierigkeiten zu geraten (siehe Monatsberichte Nr. 3, Jg. 1952, S. 83).

heitlich. Die Käufe auf Lager sind meist noch vorsichtig, verschiedentlich setzt sich aber — wie die befriedigenden Abschlüsse auf den letzten österreichischen Messen beweisen — wieder eine optimistischere Stimmung durch. Da auch der Lagerabbau, der schon seit Ende 1951 anhielt, dank dem besseren Absatz in den letzten Monaten großteils beendet sein dürfte, werden die notwendige Auffüllung der Lager, die leicht steigende Tendenz einzelner Rohstoffpreise auf den Weltmärkten und die Abwertungsgerüchte wieder zu größeren Nachschaffungen anregen.

Auch in den anderen westeuropäischen Ländern ist der Tiefpunkt der Absatzkrise allgemein überwunden. Seit Monaten gehen die Umsätze nicht mehr zurück, wenn man von Saisonschwankungen absieht. In den USA sind bereits deutliche Aufstiegtendenzen erkennbar.

Der Geschäftsgang war branchenweise sehr verschieden. Am schwächsten war nach wie vor der Absatz von *Textilien*. Die Umsätze nahmen zwar weniger als saisonmäßig ab (–14%), sie waren jedoch mengenmäßig immer noch um etwa 10% geringer als im August 1951²⁾. Demgegenüber waren die Umsätze von *Schuhen* entgegen den Saison Erwartungen um 3% höher als im Juli und mengenmäßig um etwa 15% größer als im August 1951. In den Bundesländern war der Umsatzzuwachs allgemein größer als in Wien, offenbar weil die Saisonräumungsverkäufe dort bessere Ergebnisse brachten.

Die Käufe von *Möbeln und Wohnbedarf* nahmen nur um 1% ab, waren jedoch wertmäßig um 16%, mengenmäßig um etwa 18% geringer als vor einem Jahr. Wie immer zu dieser Jahreszeit gingen die Umsätze der unter „Sonstiges“ zusammengefaßten minderwertigen Waren am stärksten zurück. *Lederwaren* wurden um 21%, *Parfumerie- und Drogeriewaren* um 13% weniger gekauft als im Juli. Nur der Absatz von *Papierwaren* stieg vor allem wegen des Schulbeginnes um 6%. Die Mengenumsätze vom August 1951 wurden bei den meisten Warengruppen erreicht, vereinzelt sogar leicht überschritten.

Trotz der geringeren Zahl von Verkaufstagen nahmen die Umsätze von *Lebensmitteln* um 3% zu. Vor allem infolge des Urlauberstromes stieg der Umsatz in den Bundesländern allgemein stärker als in Wien. Der Absatz von *Tabakwaren* blieb nahezu unverändert.

Die Eingänge an *Umsatzsteuer* (einschließlich Bundeszuschlag) sind von 375'8 Mill. S im Juli auf 365'5

²⁾ In den Bundesländern haben die Textilumsätze von Juli auf August jedoch etwas zugenommen.

Mill. S im August gefallen (-3%), obwohl die Einzelhandelsumsätze im Juli um 8% zugenommen haben. Das beruht offenbar neben zeitlichen Verschiebungen vor allem auf dem stärkeren Umsatzrückgang in der Industrie (der Index der Industrieproduktion ist im Juli übersaisonnmäßig gefallen). Da die Einnahmen aus dem Rechnungsstempelpauschale unter Gebühren erfaßt werden, wirkt sich die 50% ige Erhöhung auf die Umsatzsteuereingänge nicht aus.

Der Ertrag der *Verbrauchssteuern* ist im August um 36% auf 2177 Mill. S gestiegen. Zugenommen haben vor allem die Tabak- ($+42\%$), Mineralöl- (einschließlich Bundeszuschlag $+33\%$), Bier- ($+32\%$) und Salzsteuer ($+29\%$). Dagegen sind die Eingänge an Weinsteuer um 12% und die an Leuchtmittelsteuer um 2% gefallen. Die Eingänge an Biersteuer liegen schon seit Anfang des Jahres ständig über dem Niveau des Vorjahres, da der Bierkonsum, der im Jahre 1951 bereits um 36% höher war als 1937, weiter zunimmt. Faßt man, um die zeitliche Verschiebung zwischen Bierausstoß und Steuereingang etwas auszugleichen, die Ergebnisse von Jänner bis Juli zusammen, so waren der Bierausstoß (nach vorläufigen Ergebnissen) um 36% und die Eingänge an Biersteuer um 39% höher als vor einem Jahr.

Biersteuer und Bierausstoß

Monat	Biersteuererlös			Bierausstoß ¹⁾		
	1951	1952	1952 in % von 1951	1951	1952	1952 in % von 1951
	in 1.000 S			in 1.000 hl		
I.	16.911	14.442	85'4	187'4	187'3	99'9
II.	7.785	10.974	141'0	131'2	192'9	147'0
III.	12.587	14.393	114'3	176'2	214'5	121'7
IV.	10.030	11.300	112'7	212'1	352'8	166'3
V.	12.940	22.389	173'0	256'5	339'1 ²⁾	132'2 ²⁾
VI.	11.865	23.436	197'5	297'0	387'5 ²⁾	130'5 ²⁾
VII.	15.880	25.486	160'5	338'3	506'4 ²⁾	149'7 ²⁾
I.—VII.	87.998	122.420	139'1	1.598'7	2.180'5 ²⁾	136'4 ²⁾

¹⁾ Nach Angaben des Fachverbandes der Brauereien. — ²⁾ Vorläufige Zahlen.

Arbeitslage

Dazu statistische Übersichten 7.1 bis 7.16

Die Beschäftigungslage änderte sich im August wenig und vorwiegend nur saisonbedingt. Infolge der relativ schwachen Bautätigkeit fehlte heuer die ausgeprägte hochsommerliche Beschäftigungsspitze des Vorjahres.

Die Gesamtzahl der *Beschäftigten* nahm im August nur um 5.100 — von 1.980.300 auf 1.985.400 — zu; im Vorjahr stieg sie um 12.600. Sie blieb damit nicht nur um 61.700 oder 3% hinter dem gleichen Vorjahresmonat, sondern auch um 7.500 hinter dem August 1950 zurück.

Die Bautätigkeit ließ heuer schon im August merklich nach. Wohl sank — infolge der Nachfrage

nach erfahrenen Bauarbeitern in einigen Bundesländern (Wien, Niederösterreich und Vorarlberg) — die Zahl der arbeitslosen Bau- und Bauhilfsarbeiter um 451. Da aber berufsfremde Arbeitskräfte auf den Baustellen und Beschäftigte in der Baustoffindustrie¹⁾ entlassen wurden, erhöhte sich die Zahl der Arbeitslosen, die zuletzt in einem Betrieb des Baugewerbes oder einem Bauhilfsbetrieb gearbeitet hatten, seit Mitte August (12.324) auf Ende August (12.610) und übertraf bereits wieder den Stand vom Ende Juli (12.535). Im Vorjahr hingegen sank diese Zahl bis Ende August auf 5.779 und stieg auch dann bis Ende September nur ganz minimal auf 6.005.

Auch in der Landwirtschaft hatte die Beschäftigung bereits Ende Juli ihren Höhepunkt erreicht und sank im August um 1.600 auf 221.000. Hingegen stieg die Beschäftigung in der gewerblichen Produktion angesichts der bevorstehenden Herbstsaison um 6.000 auf 1.498.900. Auch die Lage der Textil- und Bekleidungsindustrie besserte sich leicht, die Belegung erreichte allerdings kaum das saisonübliche Ausmaß. Immerhin sank die Arbeitslosigkeit bei den Textilarbeitern zum erstenmal seit Oktober vorigen Jahres²⁾, und bei den Bekleidungsarbeitern zum erstenmal seit Mai (und zwar um 888 Personen im August). Auch die Frauenarbeit im Gewerbe erhielt dadurch einen leichten Auftrieb und stieg zum erstenmal seit Oktober 1951 (um 1.300 auf 344.000). Im September und Oktober ist in diesen Sparten mit einer weiteren Besserung zu rechnen, die Arbeitslosenzahlen werden aber trotzdem viel höher sein als im Vorjahr. Da die Textilkrise die bereits begonnenen Rationalisierungsmaßnahmen beschleunigt hat, ist auch in den folgenden Jahren nur im Falle der Umschichtung von Arbeitskräften mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf den niedrigen Stand der früheren Jahre zu rechnen.

Die *Beschäftigung der Angestellten* (ohne pragmatisierte Beamte) nahm im August nach einem leichten Rückgang im Juli wieder zu und erreichte mit 362.400 einen neuen Höhepunkt. Während die Gesamtbeschäftigung gegenüber dem Vorjahre zurückgegangen ist, haben die Angestelltenzahlen sogar stärker zugenommen als in den Jahren der allgemeinen Beschäftigungszunahme. Dennoch herrscht

¹⁾ Hier kam es zu stärkeren Betriebseinschränkungen, vereinzelt auch zu Stilllegungen. Die Zahl der arbeitslosen Ziegelarbeiter stieg von 337 im Juli auf 444 im August.

²⁾ Allerdings nur um insgesamt acht Personen, da stärkere Abnahmen in Wien, Nieder- und Oberösterreich, Zunahmen in allen anderen Bundesländern mit Ausnahme Steiermarks gegenüberstanden.

unter den Angestellten eine ziemlich beträchtliche Arbeitslosigkeit, die ständig um 18.000 fluktuiert. Sie ist ungefähr so groß wie im Jahre 1929 und nur um 44% unter dem Stand von 1937, obwohl derzeit um 88% mehr Angestellte als im Jahre 1937 beschäftigt werden, während es bei den Arbeitern (im Durchschnitt des Jahres 1951) um 42% weniger Arbeitslose als im Jahre 1929 und um 65% weniger als im Jahre 1937 gab, die Beschäftigung jedoch gegenüber 1937 nur um 64% zugenommen hat.

Die Versuche, die nach dem Kriege einsetzten, den Andrang zu den Angestelltenberufen möglichst einzuschränken, sind demnach nicht erfolgreich gewesen. Wohl führte die verstärkte Umschulung und die Not der nicht-manuellen Berufe in den Jahren 1946 und 1947 zu einem leichten Sinken des Angestelltenangebotes (Beschäftigte plus Arbeitslose) im Jahre 1948; seither hat das Angebot jedoch wieder stark zugenommen und liegt derzeit um 69% über dem von 1937, während bei den Arbeitern das Angebot (im Jahre 1951) gegenüber 1937 nur um 27% gestiegen war. Diese Zunahme auf dem Angestellten-sektor in den letzten Jahren wurde durch eine unerwartete Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft ermöglicht und gefördert, wobei insbesondere junge, neue Kräfte eingestellt worden sein dürften, während die Angestelltenarbeitslosigkeit zu einem nicht-unbeträchtlichen Teil aus einem „harten Kern“ schwervermittelbarer, älterer Personen besteht¹⁾. Trotz des relativen Sinkens der Angestelltengehälter gegenüber den Arbeiterlöhnen und trotz des Versuches, die Berufswahl von den Büroberufen abzulenken, dürfte die Erfahrung aus dem laufenden Jahre — die leichte Krise führte wohl bei den Lohnempfängern zu Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, die Gehaltsempfänger wurden aber noch nicht berührt — der aus Prestige Gründen bereits bestehenden Vorliebe für die Angestelltenlaufbahn neuerlichen Auftrieb verleihen.

Arbeitskräfteangebot bei den Angestellten

Jahr	Beschäftigte	Arbeitslose 1.000 Personen	Zusammen
1937	192'2	32'4	224'6
1946	297'5	28'3	325'8
1947	322'0	19'2	341'2
1948	325'8	14'0	339'8
1949	326'6	17'5	344'1
1950	333'3	19'6	352'9
1951	346'0	18'2	364'2
1952 I.—VIII.	360'4	18'2	378'6

¹⁾ In diese Richtung deutet der Umstand, daß im August trotz der Rekordbeschäftigung 37'7% der arbeitslosen Angestellten Notstandshilfempfänger, also schon länger ohne Arbeit waren, während bei den Arbeitern dieser Prozentsatz bloß 31'9% betrug, obwohl hier die Beschäftigungstendenz fallend ist.

Die *Arbeitslosigkeit* ging im August um 1.100 auf 115.800 zurück; ungefähr ein Viertel des Rückganges entfiel auf Frauen. Im Vorjahr betrug die Abnahme im August 3.800 und der Arbeitslosenstand Ende August 1951 war um 45.200 niedriger als heuer.

Dennoch nahm die Arbeitslosigkeit in einigen Berufsgruppen, nämlich bei Land- und Forstarbeitern, Bergleuten, Metallarbeitern, Papierarbeitern und Angestellten leicht zu.

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit beschränkte sich nur auf drei Bundesländer — Wien, Niederösterreich und Oberösterreich. In allen anderen Bundesländern nahm sie zu²⁾. Das ist nicht auf die größere Bedeutung der Landwirtschaft in diesen Gebieten zurückzuführen, die natürlich im Herbst zu einem stärkeren Wachsen der Arbeitslosigkeit führt als in Wien. Vielmehr war in Wien und Niederösterreich das Baugewerbe sowie in Wien und Oberösterreich die Industrie besser beschäftigt.

Nur in Wien hat die Arbeitslosigkeit in den vier wichtigen Berufsgruppen der Bauarbeiter, Metallarbeiter, Textil- und Bekleidungsarbeiter durchwegs abgenommen; in Salzburg und Tirol hingegen ist sie in allen vier Gruppen gestiegen. Abgesehen von saisonbedingten Abweichungen kann die unterschiedliche Entwicklung auch darauf zurückzuführen sein, daß die alteingeführten Firmen Wiens der Krise besser Widerstand leisten können als verschiedene neue Produktionsstätten in den vorwiegend agrarischen Bundesländern. Diesem Umstand dürfte auch zuzuschreiben sein, daß Wiens Anteil an der Gesamtarbeitslosigkeit, der in der Nachkriegszeit eine ständig steigende Tendenz aufwies, in letzter Zeit deutlich zurückging. Er betrug im August 48'9%, gegenüber 57'1% im August 1951 und 50'8% im August 1950.

Veränderungen der Arbeitslosigkeit im August gegenüber Juli nach Bundesländern und einigen wichtigen Berufsgruppen

Berufsgruppen	Wien	N.Ö.	O.Ö.	Slbg.	Stmk.	Kut.	Tirol	Vlbg.	Bgl.	Österr.
Textilarbeiter	—	—	—	+	—	+	+	+	+	—
Bauarbeiter u.-Helfer ..	—	—	+	+	+	+	+	—	—	—
Bekleidungsarbeiter ..	—	+	—	+	+	—	+	+	—	—
Metallarbeiter	—	+	—	+	+	+	+	+	0	+
Gesamt-Arbeits- losigkeit	—	—	—	+	+	+	+	+	+	—

Im *September* sank die Zahl der Beschäftigten um 1.700 auf 1,983.700 (im Vorjahr stieg sie um 1.100 auf 2,048.200), die Arbeitslosigkeit stieg um fast 500 auf 116.300 (im Vorjahr fiel sie um 2.300 auf 68.300).

²⁾ Die Beschäftigung nahm dagegen nur in vier Bundesländern ab: in Kärnten, Tirol, Vorarlberg und im Burgenland.

Verkehr

Dazu statistische Übersichten 8.1 bis 8.12

Im *Güterverkehr* der Bundesbahnen ist die Verladetätigkeit je Arbeitstag von 5.532 gestellten Wagen im Juli auf 5.772 (+4,3%) im August gestiegen und lag damit sogar etwas über dem Vorjahresstand. Die Monatsergebnisse der Betriebs- und Verkehrsleistungen sind allerdings zurückgegangen, da die Zahl der Arbeitstage im August nur 25 gegen 27 im Juli betrug. Je Arbeitstag waren jedoch auch diese Leistungen (netto-t-km, Zugs-Wagenachs-km) höher als im Juli und August 1951.

Die Wagenlage war im August günstig. Der gesamte Bedarf konnte zu 97,4% gedeckt werden; die Wagenumlaufzeit betrug 5,3 Tage. Die Zahl der aus dem Betrieb gezogenen Schadwagen war mit 4.260 Wagen (Tagesdurchschnitt) um 100 höher als im Juli. Die durchschnittliche Bruttolast je Güterzug betrug 569,3 t (Juli 561,0 t); die Betriebsleistung (in brutto-t-km) erhöhte sich in allen Direktionsbezirken.

Wie schon von Juni auf Juli gingen die Transporte von Holz, Baustoffen, Eisen, Metallen und Erz zurück. Die allgemeine Konjunkturschwäche wirkte sich auch auf die Verladung dieser fünf wichtigen Güter aus; sie sank in den drei Monaten Juni bis August gegenüber März bis Mai um 15,5%, am größten war der Rückgang bei Holz (Export!) mit 26,2%. Ebenso waren Papier- (-18,4%) und Kohlentransporte (-15,7%) rückläufig.

Wagengestellung nach Güterarten¹⁾

(Voll- und Schmalspur)

	Mai	Juni	Juli	Aug.	August	
					(+) gegen Vormonat insg.	(-) je Arbeitstag
Insgesamt	146.878	151.281	149.353	144.290	- 3'4	+ 4'4
davon						
Kohle, Koks.....	18.312	16.809	17.759	18.247	+ 2'7	+10'9
Holz.....	19.316	16.529	17.903	15.602	-12'9	- 5'9
Baustoffe	22.993	21.338	23.737	21.753	- 8'4	- 1'0
Eisen, Metalle.....	11.777	9.595	10.665	8.737	-18'1	-11'4
Papier, Zellstoff ...	4.400	3.972	3.344	3.694	+11'0	+19'4
Erze.....	8.476	5.893	7.759	6.339	-18'3	-11'5
Kunstdünger.....	1.904	882	1.528	2.659	+74'0	+86'0
Nahrungsmittel....	8.244	6.818	8.232	10.472	+27'2	+37'4
Stückgut	27.250	24.940	28.329	26.739	- 5'6	+ 2'0
Sammelgut	3.523	3.407	3.991	3.662	- 8'3	- 0'7
Andere.....	26.683	19.098	26.106	26.386	+ 1'1	+ 9'1

Im *Personenverkehr* brachte der August mit 6,9 Mill. verkauften Karten (gegen 6,4 Mill. im Juli) die saisonübliche Spitzenleistung. Die Frequenz war allerdings um 6,8% schwächer als im August 1951 (7,4 Mill.), und das diesjährige Ergebnis der Hauptsaisonmonate Juli–August blieb um rund 750.000 Karten hinter dem Vorjahr zurück.

Im *Schiffsverkehr* hat die Wiedereröffnung der Strecke Linz–Wien am 12. Juli den Personenverkehr sehr belebt. Die Zahl der beförderten Personen stieg von 32.710 im Juni auf 49.425 im Juli und 108.793 im August. Im Güterverkehr ist hingegen eine stärkere Zunahme noch ausgeblieben. Immerhin erhöhte sich die nach Wien beförderte Tonnage von 1.743 t im Juli auf 6.267 t im August; 5.860 t kamen aus Regensburg, und zwar 3.878 t Kohle und 1.983 t sonstige Güter. Die gesamte talwärts geführte Gütermenge betrug 88.357 t (Juli 87.086 t), 85.516 t entfielen auf Kohle. Bergwärts wurden 41.284 t befördert (Juli 40.634), hievon 15.339 t auf der Strecke Wien–Linz und 22.803 t von Linz nach Regensburg. Rohöl und Roheisen bildeten die Hauptposten (38.142 t).

Der *Fremdenverkehr* hat entgegen den pessimistischen Berichten aus Hotelierkreisen im August eine Frequenz von 4,29 Mill. Übernachtungen erreicht. Das Ergebnis übertrifft den Julistand um rund 1 Mill. Übernachtungen und liegt um 5,7% höher als im Vorjahr, wobei der Ausländerverkehr um 7,5% zunahm. Die Deviseneinnahmen stiegen von 176,1 Mill. S auf 205,3 Mill. S, während sich die Ausgänge nur von 19,1 Mill. S auf 21,4 Mill. S erhöhten, so daß der Devisensaldo um 17,1% auf 183,9 Mill. S stieg.

Ein vorläufiger Überblick über die ersten vier Monate (Mai bis August) der Sommersaison 1952 ergibt eine Übernachtungsfrequenz von 10,04 Mill., von denen 3,68 Mill. (36,7%) auf Ausländer entfielen. Da der gesamte Fremdenverkehr gegenüber der Vergleichszeit 1951 nur um 1,9% gesteigert werden konnte, ist also ebenso wie im Winterverkehr eine gewisse Stagnation eingetreten. Vor allem scheint es im Inländerverkehr nur schwer möglich zu sein, neue Bevölkerungskreise zu gewinnen, nicht zuletzt mangels Urlaubsorganisationen für breite Schichten der Bevölkerung, wie sie in Deutschland und in der Schweiz (Reisekasse) gut ausgebildet sind. Die Inländerfrequenz ist gegenüber dem Vorjahre sogar etwas zurückgegangen (-1,5%), wohl auch infolge der vermehrten Auslandsreisen, da im Ausland zum Teil bereits günstigere Arrangements zu finden sind als in Österreich⁴⁾.

Der Ausländerverkehr konnte hingegen weiter gesteigert werden (um 8,3%). Die günstige Entwicklung ist fast ausschließlich dem starken Zustrom deutscher Gäste zu verdanken, die in der Zeit von

⁴⁾ Dies gilt nicht für die unteren und mittleren Kategorien, in denen Österreich immer noch am billigsten ist, wohl aber für viele Arrangements, die in Österreich zwischen zirka 70 und 130 S (Tagespensionspreis) liegen.

Mai bis Juli (August liegt noch nicht vor) einen Anteil von 30·6% hatten, gegen 14·7% i. J. 1951, und deren Nächtigungen von 262.808 auf 596.774 (+127·1%) stiegen.

Fremdenverkehr Mai bis August 1952

Monat	Insgesamt		Ausländer		Inländer	
	1.000 Über- nachtungen	% von 1951	1.000 Über- nachtungen	% von 1951	1.000 Über- nachtungen	% von 1951
Mai	915·5	96·2	224·5	100·7	691·0	95·2
Juni	1.570·9	104·4	558·7	117·5	1.012·2	98·4
Juli	3.323·7	99·7	1.166·5	107·2	2.157·2	96·0
August	4.229·1	104·1	1.735·1	107·5	2.494·0	101·9
Mai-August	10.039·2	101·9	3.684·8	108·3	6.354·4	98·5

Die Deviseneinnahmen erreichten in den ersten acht Monaten 1952 582·7 Mill. S gegen 380·1 Mill. S im Jahre 1951; die entsprechenden Ausgänge betragen 100·3 Mill. S bzw. 75·4 Mill. S. Einer Einnahmesteigerung um 53·3% steht demnach eine Erhöhung der Ausgaben um 33% gegenüber; der Devisensaldo aus dem Reiseverkehr war mit 482·4 Mill. S um 58·3% höher als im Jahre 1951 (304·7 Mill. S), wobei noch zu berücksichtigen ist, daß die Devisenausgaben weit- aus überwiegend kommerziellen Ursprungs sind. Aber selbst vom verbleibenden Rest entfällt nur ein geringer Teil auf reine Vergnügungsreisen, da die offiziellen Devisengenehmigungen nur für Heilbäderaufenthalte gewährt werden.

Devisenbilanz des Fremdenverkehrs

	Eingänge		Ausgänge ¹⁾		Mehreingänge	
	1.000 S	% von 1951	1.000 S	% von 1951	1.000 S	% von 1951
Jänner-April	106.330	122·2	35.489	123·4	70.841	121·6
Mai	23.772	108·1	9.872	103·4	13.900	111·8
Juni	71.206	142·6	14.494	167·1	56.712	137·4
Juli	176.117	187·1	19.104	162·1	157.013	190·7
August	205.250	161·6	21.370	128·3	183.880	166·7
Jänner-August ...	582.675	153·3	100.329	133·0	482.346	158·3

¹⁾ Einschließlich Geschäftsverkehr und Schillingbuchungen in Österreich.

Mineralölsteuer und Straßenverkehr¹⁾

Mit Wirkung vom 14. September 1952 wurden die Treibstoffpreise zum drittenmal in diesem Jahre erhöht. An der Pumpe kostet nun Benzin 4·11 S, Dieselöl 2·16 S (Zone I), um 44·2% und 36·7% mehr als am 1. Jänner 1952. Die Steigerung gegenüber 1937 (Benzin auf das 5·9fache, Dieselöl auf das 6·2fache) hält sich zwar im Rahmen der durchschnittlichen Preiserhöhung (6·8fache), doch hängt die Preisbildung bei Treibstoffen in Österreich nur in geringem Maße von den Förder- und Raffinadekosten ab. Sie wird vielmehr vom fiskalischen Interesse und von verkehrspolitischen Gesichtspunkten im Rahmen des Schiene-Straße-Wettbewerbes bestimmt. Aus diesem

¹⁾ Siehe Monatsberichte Nr. 2, Jg. 1952, S. 52: „Die Erhöhung der Mineralölsteuer und ihre Auswirkungen“.

Grunde belaufen sich Handelsspanne und Steuer bei Benzin auf 2·94 S oder 72% und bei Dieselöl auf 1·34 S oder 62% des Letztverbraucherpreises. Österreich hat daher, obwohl es im Gegensatz zu den anderen westeuropäischen Ländern nur auf geringe Importe angewiesen ist, nach Frankreich und Italien die höchsten Benzinpreise.

Preisentwicklung von Benzin und Dieselöl

Benzin			Diesel (Zone I)		
Datum	Groschen/ Liter	1937 = 100	Datum	Groschen/ Liter	1937 = 100
4. VII. 1937....	70	100·0	10. V. 1950....	93	265·7
5. IX. 1950....	213	304·3	1. VII. 1950....	108	308·6
4. VI. 1951....	238	340·0	1. I. 1951....	115	328·6
1. VIII. 1951....	292	417·1	1. VIII. 1951....	133	380·0
1. I. 1952....	285	407·1	1. I. 1952....	158	451·4
1. IV. 1952....	391	558·6	1. IV. 1952....	203	580·0
1. V. 1952....	400	571·4	14. IX. 1952....	216	617·1
14. IX. 1952....	411	587·1			

Die Notwendigkeit, den Straßenverkehrsteilnehmer zur Erhaltung und zum Ausbau des Straßennetzes heranzuziehen, steht außer Zweifel (wenngleich die Treibstoffsteuer nur ein Teil dieser Belastung ist). Wenn aber infolge der hohen Besteuerung der Treibstoffverbrauch zurückgeht und die weitere Motorisierung gehemmt wird, werden auch fiskalische wie verkehrswirtschaftliche Interessen außer acht gelassen. Seit der Verdoppelung des Mineralölsteuerzuschlages am 1. April 1952, die den Benzinpreis von 2·85 S auf 3·91 S und den Gasölpreis von 1·85 S auf 2·03 S steigerte, ist der Verbrauch beider Treibstoffe bis August gegenüber 1951 um 21·6 Mill. kg oder 26·1% auf 61·2 Mill. kg zurückgegangen; der Fahrzeugbestand war aber von April 1951 bis April 1952 um 13·1% gestiegen. Die Einnahmen aus der Mineralölsteuer (plus Bundeszuschlag) blieben dementsprechend hinter dem errechneten Soll zurück. Während im Jahre 1951 die Steuereinnahmen im II. Quartal um 32·3% über dem I. Quartal lagen, sank dieser Prozentsatz im Jahre 1952 auf 12·8%; die entsprechenden Veränderungen des Treibstoffverbrauches waren im Jahre 1951 plus 15·3%, 1952 aber minus

Entwicklung des Verbrauchs an Treibstoffen

Monat	Insgesamt		Benzin		Diesel		Mineralöl- steuer- einnahmen Mill. S
	Mill. kg	(+)(-) 1951	Mill. kg	(+)(-) 1951	Mill. kg	(+)(-) 1951	
I.	25·5	-15·0	12·6	+ 3·3	12·9	-27·5	28·6
II.	23·4	- 7·5	9·4	-13·8	14·0	- 0·3	32·4
III.	46·0	+66·7	20·6	+53·7	25·4	+78·9	40·2
IV.	24·4	-27·8	10·7	-35·6	13·7	-20·4	42·2
V.	20·5	-33·2	8·3	-39·6	12·2	-27·8	30·3
VI.	27·8	- 9·0	13·0	-12·8	14·8	- 9·2	40·4
VII.	29·1	-32·2	13·6	-39·6	15·5	-24·0	.
VIII.	32·5	0·0	15·7	+ 3·3	16·8	- 4·0	.
I.—VIII.	229·2	- 9·8	103·9	-13·0	125·3	- 7·0	.

Fahrzeugbestand
31. X. 1951
(in 1.000) ...285·9 +12·5¹⁾ 248·3 +11·4¹⁾ 37·6 +20·1¹⁾

¹⁾ Vergleichsstand 31. X. 1950.

23,6%, wobei allerdings ein Teil dieses Rückganges im II. Quartal durch Eindeckungskäufe im März bedingt ist.

Der fiskalische Erfolg der Steuererhöhung vom April 1952 war somit gering. Da man bei der letzten Preiserhöhung am 14. September 1952 von vornherein mit einer Verbrauchseinschränkung rechnete, muß angenommen werden, daß diese Maßnahme vorwiegend dazu dient, die Bahn im Wettbewerb Schiene-Straße zu begünstigen¹⁾.

Diese fiskalische Lösung des Problems Schiene-Straße hat aber, wie sich immer deutlicher zeigt, weniger die Gleichstellung in der wettbewerblichen Ausgangsbasis beider Verkehrsmittel zum Ziel — vorwiegende Erhaltung der Straßen durch den Straßenverkehr wäre eine vernünftige Grundlage²⁾ —, sondern geht vielmehr von den Betriebskosten der Bahnen aus. Dadurch werden aber auch Transporte des Straßenverkehrs besteuert und verteuert, die mit den Bahnen überhaupt nicht konkurrieren. Ferner bleibt dadurch unberücksichtigt, daß jedes Verkehrsmittel in bestimmten Bereichen eine natürliche technische und kostenmäßige Überlegenheit besitzt, die zu erhalten im Interesse einer Senkung der Transportkosten und damit einer Produktivitätssteigerung im gesamten Verkehrswesen läge.

Aber auch im Rahmen einer rein fiskalischen Lösung ist die Treibstoffsteuer wenig geeignet, die Steuerlast gerecht zu verteilen. Denn sie berücksichtigt weder die verschiedenartige Abnutzung der Fahrbahn, noch unterscheidet sie zwischen Güter- und Personenverkehr.

Außenhandel

Dazu statistische Übersichten 9.1 bis 9.6

Im August ist sowohl die Einfuhr als auch die Ausfuhr weiter zurückgegangen. Die *Einfuhr* fiel um 39 Mill. S auf 1.069 Mill. S, den tiefsten Wert seit September vorigen Jahres, und lag damit um 17% unter dem Durchschnitt der letzten 7 Monate. Die

¹⁾ Dies beweist auch die Erläuterung zur Regierungsvorlage anlässlich der Mineralölsteuer vom 8. März 1950: „Gleichzeitig sollen hiedurch die Konkurrenzverhältnisse zwischen Schiene und Straße zugunsten der Schiene eine Verbesserung erfahren.“

²⁾ Für Straßenerhaltung wurden im Jahre 1951 285 Mill. S veranschlagt; die Einnahmen aus der Mineralölsteuer und Kraftfahrzeugsteuer allein betragen nach den vorläufigen Ergebnissen 240,3 Mill. S. Für 1952 wurden 294 Mill. S veranschlagt, denen schätzungsweise 445 Mill. S aus beiden Steuern gegenüberstehen. Hiezu kommt noch jener Teil der Beförderungssteuereinnahmen aus dem Straßenverkehr, der über den normalen Steuersatz von 6% hinausgeht.

Einfuhr verringerte sich ausschließlich wegen des scharfen Rückganges der ERP-Lieferungen. Sie sank gegenüber Juli um mehr als die Hälfte auf 83 Mill. S, den weitaus niedrigsten Stand dieses Jahres, und bestanden hauptsächlich aus Getreide ($\frac{1}{2}$) und Kohle ($\frac{1}{4}$) sowie Maschinen, Erdölzeugnissen und Papier. Die *kommerzielle Einfuhr* erholte sich hingegen etwas von ihrem Tiefstand im Juli und stieg um 48 Mill. S auf 986 Mill. S, hauptsächlich infolge erhöhter Einfuhren aus Kanada, Westdeutschland, Großbritannien, Italien und Schweden. Hingegen gingen die Einfuhren aus Belgien, Frankreich, Niederlande, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Ungarn und den USA stark zurück. Insgesamt wurden weniger Nahrungsmittel, Rohstoffe und Maschinen, jedoch mehr Halb- und Fertigwaren sowie Brennstoffe importiert.

Die *Ausfuhr* ging zwar um 3 Mill. S auf 822 Mill. S zurück, da sie aber zu dieser Jahreszeit viel stärker zu sinken pflegt³⁾, stieg der saisonbereinigte Index der Ausfuhr um 9%. Es ist jedoch zu bedenken, daß schon der Juliwert sehr tief lag und der meist noch ungünstigere Monat Jänner um mehr als 30 Mill. S unterschritten wurde. Das Ausfuhrvolumen lag im August mit 97% von 1937 etwas über dem Vormonat (95), blieb aber hinter dem Jännervolumen (101) zurück. Vor allem sank die Ausfuhr nach Westdeutschland, Großbritannien, Italien und Ungarn; die nach Bulgarien und den Vereinigten Staaten erhöhte sich. Die Ausfuhr der meisten Warengruppen — insbesondere chemische Erzeugnisse — konnte etwas gesteigert werden; nur die Ausfuhr von Maschinen und Verkehrsmitteln ging von ihrem hohen Stand im Juli (um 24 Mill. S auf 108 Mill. S) stark zurück. Die Textilausfuhr besserte sich leicht. Sie lag mengen- und wertmäßig über den Ergebnissen der vier Monate vorher. Auch die Papierausfuhr erholte sich etwas. Die Aufhebung der Mindestpreise hat die Holzausfuhr noch nicht, wie erhofft, gesteigert. Die Holzausfuhrmenge lag im August um 0,5%, der Ausfuhrwert um 6,9% unter dem Durchschnitt der ersten sieben Monate.

Kaufkraftindex des österreichischen Exports

Stark rückläufige Ausfuhren haben für ein exportorientiertes Land im allgemeinen zur Folge, daß sowohl Produktion und Beschäftigung als auch die Einfuhr zurückgehen und damit die Versorgungsmög-

³⁾ Im Vorjahr sank z. B. die Ausfuhr von Juli auf August um 141 Mill. S und stieg im September wieder um 72 Mill. S.

lichkeiten des Landes reduziert werden. Die erste Folge des Exportrückganges ist eingetreten, denn die Abschwächung in Produktion und Beschäftigung ist zumindest zum Teil auch auf die Exportentwicklung zurückzuführen¹⁾. Die zweite Folge — Erschwerung der Inlandsversorgung mit importierten Waren — hat sich dagegen kaum eingestellt, obwohl sich die ERP-Lieferungen verminderten²⁾ und die „unsichtbaren Einnahmen“ nicht höher waren als vor einem Jahr³⁾. Zum Teil ist die Entspannung sicherlich darauf zurückzuführen, daß mit der verringerten wirtschaftlichen Aktivität auch der Importbedarf sowohl an Rohstoffen und Investitionsgütern als auch an Konsumgütern nachließ. Der Hauptgrund dafür, daß der Exportrückgang keine stärkeren Importschwierigkeiten und Engpässe nach sich gezogen hat, liegt jedoch in der Veränderung der Austauschbedingungen⁴⁾. Obwohl sich das Volumen unserer Exporte seit Ausbruch des Koreakrieges vorerst sichtlich vergrößerte, später aber wieder verringerte, ist die Kaufkraft unserer Exporte — das heißt, das Importvolumen, das wir für diese Exporte erwerben konnten — infolge der Verschiebungen der Austauschrelationen seit 1950 so gut wie unverändert geblieben. Berechnet man einen Index der Kaufkraft (oder der Einkaufskapazität) unseres Exports⁵⁾ und stellt ihn der Entwicklung des Ausfuhrvolumens gegenüber, so ergibt sich folgendes Bild: Von 1947 bis 1949 entwickeln sich Ausfuhrvolumen und Kaufkraft des Exports ungefähr parallel. Der Koreakonflikt erhöhte das Ausfuhrvolumen; da jedoch gleichzeitig auch die internationalen Rohstoffpreise stark stiegen, nahm die Kaufkraft dieses Ausfuhrvolumens nur weniger zu. Während das Ausfuhrvolumen im Jahre 1950 bereits den Stand von 1937 erreichte, betrug seine Kaufkraft erst 86% von 1937. Seit 1950 schwankte das Ausfuhrvolumen: Von 1950 auf 1951 stieg es um

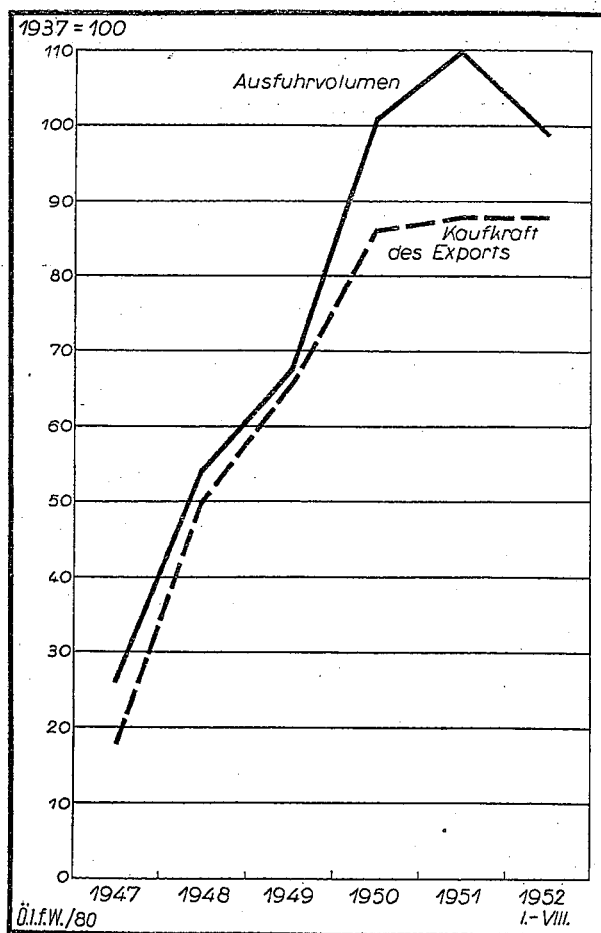
89%, in den ersten acht Monaten 1952 ging es wieder um 10% zurück. Die Kaufkraft der Exporte stieg jedoch von 1950 auf 1951 nur um 23% und blieb in den ersten acht Monaten des laufenden Jahre unverändert.

Ausfuhrvolumen und Kaufkraft des Exports

Jahr	Ausfuhrvolumen	Index der Kaufkraft (Einkaufskapazität) des Exports
		1937 = 100
1947	26	18
1948	54	50
1949	67	65
1950	101	86
1951	110	88
1952 (I.-VIII.)	99	88

Volumen und Kaufkraft der Ausfuhr

(Normaler Maßstab; 1937 = 100)



¹⁾ Siehe Monatsberichte Nr. 6, Jg. 1952: „Die Bedeutung der Ausfuhr für Produktion und Beschäftigung“, S. 184 ff.

²⁾ Die ERP-Lieferungen beliefen sich in den ersten acht Monaten 1951 auf 1.900 Mill. S, im gleichen Zeitraum 1952 aber — trotz höheren Preisen — nur auf 1.600 Mill. S.

³⁾ Das Aktivum der Dienstleistungsbilanz betrug im 1. Halbjahr 1952 ebenso wie im 1. Halbjahr 1951 9,9 Mill. S. Siehe Monatsberichte Nr. 8, Jg. 1952, S. 235.

⁴⁾ Siehe Monatsberichte Nr. 6, Jg. 1952, S. 157.

⁵⁾ Die Berechnung erfolgt, indem man den Index des Exportwertes durch den Index der Importpreise dividiert. Die Berechnung eines solchen Kaufkraftindex der Ausfuhr wurde ursprünglich von J. Viner in „Studies in the Theory of International Trade“ vorgeschlagen. Eine Beschreibung seiner Bedeutung ist in dem Artikel „The Income Terms of Trade“ von G. S. Dorrance in „The Review of Economic Studies“, Vol. XVI, Nr. 39, zu finden.

Welche Importmengen Österreich auf Grund seiner Exporte beziehen kann, hängt nicht nur vom Umfang des Exports, sondern auch von der Entwicklung der Import- und Exportpreise (d. h. der Austauschverhältnisse) ab. Während sich in den Jahren 1947 bis 1949 Volumen und Kaufkraft unseres Exports ungefähr parallel entwickelten, blieb die Kaufkraft des Exports seit 1950 nahezu unverändert, obwohl sich das Exportvolumen zunächst vergrößerte und später wieder verringerte.

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die Voraussetzungen, die in den letzten drei Jahren diese relative Stabilität der Einkaufskraft unserer Exporte bedingt haben, anhalten werden. Eine Steigerung des Ausfuhrvolumens gelingt nur im Rahmen eines allgemeinen Konjunkturaufschwunges, der aber in einer Zeit der Rüstungswirtschaft und Kriegsreservekäufe mit besonders starken Preissteigerungen der für Österreich wichtigen Importwaren verbunden ist, wodurch die vorteilhaften Auswirkungen der Ausfuhrsteigerung wieder weitgehend kompensiert werden. Wenn dann diese Konjunktur nachläßt und die entscheidenden Rohstoffpreise fallen, während unsere starren Preise nur wenig nachfolgen¹⁾, so bessern sich zwar unsere Austauschbedingungen, gleichzeitig wird aber der Absatz schwieriger, so daß wieder ein vorteilhafter Effekt durch einen nachteiligen ausgeglichen wird und sich die Kaufkraft der Exporte nur wenig ändert.

Da jedoch eine Steigerung der Kaufkraft infolge

¹⁾ Oder, wie im Jahre 1951, sogar steigen.

des weiteren Sinkens der Auslandhilfe stark an Bedeutung gewinnen wird, wenn nicht auf der Importseite ernste Schwierigkeiten entstehen sollen, muß versucht werden, den Exportumfang *unabhängig von der nächsten Konjunkturwelle auf den Weltmärkten* wesentlich zu erhöhen. Dieses Ziel kann nicht durch übermäßige Preissenkungen oder Abwertungsmaßnahmen erreicht werden, weil dadurch die Ausfuhrausweitung wieder nur auf Kosten der Austauschverhältnisse erreicht werden würde und daher die erwünschte Vergrößerung der Kaufkraft der Exporte ausbleiben müßte. Der Ausweg kann vielmehr nur in einer besseren Bearbeitung aller bestehenden und neuer Märkte, durch bessere Berücksichtigung der Bedürfnisse anderer Länder, durch neuartige Waren und Leistungen, durch günstige Kredit- und Lieferbedingungen und nicht zuletzt durch die Erstellung konkurrenzfähiger Preise und durch Erhöhung der Produktivität gefunden werden. Nur in mühsamer Kleinarbeit können so die Absatzmöglichkeiten für österreichische Produkte allmählich erweitert werden.